

Die „Volkswacht“
erschint wöchentlich 1 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Gasse 12, 14,
und durch Subskription zu beziehen.
Preis vierteljährlich 2.50,
per Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen 2.75,
für ein Jahr 24.00,
wo keine Post am Orte. 1917. S. 24.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Expeditionsgeld
beträgt für die einjährige
Kolonial- oder deren Namen
25 Pfennige.
für Arbeitslohn, Brief- und
Veranstaltungskosten
15 Pfennige.
Ausdrücklich Zulassung 25 Pf.
Zeitsatz für die sechs Nummern
müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 242.

Mittwoch, den 16. Oktober 1907.

18. Jahrgang.

Lehrerfreiheit.

Die Maßregelung des Lehrers Leipacher, der wegen seiner freimütigen Bestimmung auf halbe Kost gesetzt wurde, ist bezeichnend nicht allein für die Ära der konservativ-liberalen Paarung, sie ist auch typisch für den rückschrittlichen Geist, welchem sich die deutschen Staatsbürger noch heute bedingungslos unterwerfen müssen. Typisch ist sie aber auch für den Mangel an Klassenbewusstsein und Solidaritätsgefühl, welcher die Lehrer noch so unwürdig auszeichnet von der großen Masse des kämpfenden Proletariats, das seine Zeit in all ihren Wirkungen besser zu würdigen und zu verstehen gelernt hat, als die Lehrerschaft.

Der überaus größte Teil der Lehrerschaft gehört genau so zum Proletariat, wie der gewöhnliche Lohnarbeiter. Er ist genau so eracchtet, nur ist genau dieselbe Bevormundung und Ausbeutung und Misshandlung gefallen lassen wie jener. Die wirtschaftlichen Verhältnisse stellen ihn in dieselben Reihen, und nur eine Organisationskraft, die ähnlich der des Industrie-Proletariats ihre Interessen vertritt, ist imstande, die geistigen Proletarier aus ihrer schmachvollen Sonderstellung zu befreien.

Nun haben die Lehrer eine große Organisation im Deutschen Lehrerverein, aber anstatt dem modernen Geiste gerecht zu werden, steht sie untätig still. Sie ist daher nichts weniger als musterhaft. Und anstatt ähnlich den modernen Gewerkschaften den Klassenkampf zu predigen, hält sie diesen hinten, statt der einzigen Partei, die aller Unterdrückten Interesse gleichmäßig wahrnimmt, der Sozialdemokratie, ihre Sympathien entgegenzubringen, arbeitet sie gegen diese Partei, wie die Agitation der Lehrervereine anlässlich der Wahlen zu den volksvertretenden Körperschaften.

So ist es immerhin ein nicht zu unterschätzendes Ereignis, wenn sich mal ein weiser Mäde unter der Lehrerschaft findet, der sich gegen die schmachvolle Bevormundung aufbäumt, selbst auf die Gefahr hin, daß er entlassen wird. Viel zu verlieren ist ja dabei nicht.

Leipacher hat in einem längeren Schreiben, welches abgedruckt sich bezeichnender Weise von allen pädagogischen Organen nur der Bremer „Roland“ bereit gefunden zu haben scheint, die Vorgeschichte des gegen ihn in Szene gesetzten Kesseltreibens ausgeplaudert.

Einleitend meint er ironisch, daß er gar nicht daran denken werde, allergehorfamst abzusitzen, denn er handelte aus voller Ueberzeugung und sei sich keiner Schuld bewußt. Die Einleitung des Disziplinarverfahrens mit dem Ziel auf Entfernung aus dem Amt wurde unterm 19. August verhängt.

Und nun führt er das begangene, furchtbare, in den Annalen der Geschichte noch nicht dagewesene „Verbrechen“ an, dessen man ihn bezichtigt. Er habe die Lehrerfreiheit willkürlich gebraucht. Er habe „seit Beginn dieses Jahres im Religions-, im Geographie- und im naturkundlichen Unterrichte durch Aeußerungen, die mit

der evangelischen Kirchengeschichte nicht in Einklang zu bringen sind und diese herabwürdigend, das Glaubensleben der ihm anvertrauten Kinder und deren Autoritätsgefühl gefährdet.“ Er hätte nicht lehrplanmäßigen Unterricht in Uebereinstimmung mit der evangelischen Kirchenlehre erteilt und keine Bedenken getragen, seine „der christlichen Kirchenlehre abgewandten“ Ansichten auch außeramtlich und sogar in der Öffentlichkeit geltend zu machen und zu verbreiten. So weit, so gut. Die Begründung ist geradezu lässlich. Zeigt sie doch zur Evidenz, welcher Art die „Bildung“ ist, die Vater Staat für das „niedere Volk“ übrig hat. Hier wird in aller Nacktheit der Verweis erbracht, daß man Dinge, die ihrer Natur nach auch nicht das geringste mit Religion zu tun haben, mit jesuitischer Spitzfindigkeit zusammenschneidelt und den Schülern so ein Spektakel überantwortet zu werden.

Ganz besonders wertvoll wird Leipachers Eingeständnis noch dadurch, daß er darauf hinweist, die gegen ihn gerichtete Verfolgung stütze sich eigentlich überhaupt nur auf Aussagen von Kindern! Der Herr Pfarrer, welcher den seine eigene Lehre furchtlos verkündenden Schulmeister in christlicher Weise bei den Schulbehörden anzeigte, fragte die Schulkinder von 6 bis 8 Jahren aus und ließ an Eidesstatt die gemachten Aussagen von denselben unterschreiben beglaubigen. Einige merkten instinktiv, woher der Wind weht und vertweigerten die Aussage. Uebrigens ist Leipacher auch kein Präselektologe. Aber selbst diese Tatsache mußte herhalten, um ihn bei der Regierung anzuschwärzen. Ist von höherer Stelle allerdings auf diese Aussage Wert gelegt worden, so stehen wir nicht an, ein solches Gebahren in Grund und Boden zu verdammen.

Als Leipacher die schmachvolle Bevormundung durch den Pastor und Kreis-Schulinspektor Bierhuff damit beantwortete, daß er nicht zur Kirchenvisitation ging, fand man in den Akten folgenden Grund: daß er es unter seiner Würde halte, in die Kirche des Pastors Bierhuff zu gehen. Leipacher rechtfertigt sein Verhalten aber recht gut mit dem Hinweis, daß keine Macht der Welt ihn bewegen solle, den Mann von Liebe predigen zu hören, der ihn verfolgte. Da man nach einem Erlaß vom 11. Mai 1877 keinen Lehrer zwingen kann, sich an dieser Visitation zu beteiligen, wandte sich L. in seiner Bedrängnis an den damaligen „Kultus“-minister Studt, der ja dafür bekannt war, daß er allen einigermassen freireligiösen Bestimmungen im Interesse der Reaktion entgegengesetzte Auslegung gab. Auch von Halle wird Leipacher zweifellos wenig zu erwarten haben, da dessen erstes Heldenstück, die Beibehaltung des berückigten Bremsenlasses, jactam bewies, wes Geistes Kind er ist. Die an Studt gerichtete Beschwerde war denn auch, wie nicht anders zu erwarten, erfolglos. Eine Frage stellt der gemahnte: Pädagoge noch zum Schluß: er meint, wozu denn Religionswissenschaft da sei, wenn sie vom Volke mit allen Mitteln ferngehalten werde.

Der Bremer „Roland“, eine Lehrerzeitschrift, nimmt die Gelegenheit wahr, die Organisation der Lehrerschaft anzurufen, daß sie endlich einmal ihren Einfluß geltend macht, um das schmachvolle Joch der Geistlichkeit abzuschütteln. Er verweist auf die Bremer Vorschläge in München. Aber die Schande müßte erst ins Ungeheuerliche steigen, ehe die Lehrerschaft sich ermannet. Ein Wandel wird nicht eintreten, so lange die Lehrer noch den Fuß lassen, der sie tritt. Erst das sozialistische Erziehungs-Problem wird auch ihnen die Befreiung bringen. U. St.

Politische Uebersicht.

Ums preussische Wahlrecht. Dem „B. L.“ zufolge war die preussische Wahlreform der Gegenstand der Besprechung in einer vom Verein der Freisinnigen der Unterweser in Geestemünde veranstalteten, von über tausend Personen besuchten öffentlichen Volksversammlung, in der der Reichstagsabgeordnete Hornmann-Bremen über das Thema: „Das preussische Wahlrecht und der Liberalismus“ referierte. Abg. Hornmann trat mit aller Entschiedenheit für die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes in Preußen ein. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute in Geestemünde tagende öffentliche Volksversammlung fordert für Preußen die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes und erwartet von den Parteien der Linken, daß sie auf der Einführung desselben bestehen und zu diesem Zwecke eine große, freireligiöse Volksbewegung erwecken.“

Die Freisinnigen beklagen es, daß die Sozialdemokraten mit falschen, taktischen Mitteln in den Kampf ums Wahlrecht zögen. Dabei haben sie sich bisher von jeder Volksbewegung für das Wahlrecht ferngehalten und auf den Parteitag ein Zusammengehen mit uns in dieser Frage direkt verworfen. Und das abendrein noch kurz nach der Erklärung Singers in Berlin, die den Freisinnigen im Namen unseres Parteivorstandes unsere Hilfe für eine Wahlrechtsaktion anbot. Wie kann jemand die falsche Aktion des anderen kritisieren, der überhaupt gar keine Aktion unternimmt, geschweige denn eine bessere und mehr Erfolg versprechende?

Der Hochverratsprozeß Liebknecht gibt der Presse aller Parteien noch reichlich Stoff zu Betrachtungen. Soweit die Scharfmacher in Betracht kommen, haben sie schon ein Haar in der Suppe gefunden und sie begannen einzusehen, daß die Haupt- und Staatsaktion gerade das Gegenteil dessen herbeigeführt hat, was beabsichtigt war, nämlich eine wirksame Propaganda für den Antimilitarismus. Am löpethaftesten wird der Reinfall von der „Schles. Ztg.“ eingestanden, deren Vellei von heute zur Belustigung unserer Leser hier auszugeweiht ein Plätzchen finden soll. Zur Verurteilung des Genossen Liebknecht sagt der Schleisflein:

Das ist eine Straftat, die die bürgerlichen Ehren unberührt läßt und auch physisch nicht sonderlich wehtut. Nach Verbüßung der Festungshaft wird Liebknecht

Ein Frauenfischsal.

Sensationaler Roman von Eliza Orzeszko.
Einzig autorisierte Uebersetzung von Leonhard Brigen.

Marie schwieg und ihre scharfblickende Fremdbin erblickte sofort die Verlegenheit und das Schwanken, das in diesem Bestimmen lag.

„Du scheinst anzunehmen“, sagte sie, „daß es beim Verkauf der Waren sich einfach nur um das Vorlegen, das Anpreisen und Wessen der Stoffe handelt, doch ist dem nicht so. Hierzu gehören gar viele Eigenschaften, wie beispielsweise die strengste Ordnung, denn ein einziger verlegter Gegenstand, schlecht gefaltete Stoffe, sorglos behandelte Spitzen, die nicht auf ihren Platz gebracht werden, rufen leicht eine große Verwirrung hervor und können für das Geschäft empfindliche Verluste nach sich ziehen. Ferner müssen die Verkäufer sehr gut rechnen können, denn Irrtümer und Unregelmäßigkeiten bei den Berechnungen bringen auch große Unannehmlichkeiten mit sich, schließlich und hauptsächlich jedoch müssen die Verkäufer eine große Personal- und Menschenkenntnis besitzen, müssen verstehen, wie mit den einzelnen Persönlichkeiten zu verfahren, wie den Kunden zu genügen, wenn zu trauen und wem das Vertrauen zu versagen. Leider besitzen die Frauen diese Eigenschaften in den seltensten Fällen. Nicht an Ordnung gewöhnt, unpräzise, mit den Bezirgen kaufmännischer Berechnung nicht vertraut, unselbständig und schlicht, oder übermäßig und leicht, gerät es ihnen zumeist an dem richtigen Taktgefühl und an der nötigen Gewandtheit im Verkehr mit dem Publikum. Deswegen verwenden größere Etablisements mit Vorliebe männliches Personal. Die Frauen müssen eben noch anders erzogen werden, um den Anforderungen eines strengen Geschäftsbetriebes und einer genauen Geschäftskennntnis zu genügen.“

Eveline schwieg und sah nach dieser Rede gewissermaßen triumphierend ihre Fremdbin an. Sie hatte allerdings den Sieg davongetragen, denn Marie schwieg und sah sehr traurig aus. Eveline ergriff ihre Rechte.

„Und nun sage mir Stehst, aber ganz awichtig, kannst Du mir mit der gleichen Sicherheit wie für die Ehrlichkeit Deines Schützlings, auch für alle andern als unerlässlich geforderten Eigenschaften einsehen?“

„Nein“, entgegnete niebergelagerten Marie, „das leider kann ich nicht.“

des praktischen Verstandes zumuten, aus Gründen der Menschlichkeit oder des Gemeinwohls unfähige Individuen in unser Geschäftsleben einzuführen und uns dadurch möglicherweise Schaden zuzufügen, oder unser Unternehmen in den Augen unserer Kunden in ein fragwürdiges Licht zu stellen?“

„Keineswegs!“
„Nun siehst Du! Du mußt mich doch auch für gerechtfertigt halten, wenn ich Deinem Wunsch nicht Folge leiste. Die Sache ist nicht zu ändern, die Frauen können auf dem Gebiete des Erwerbes und der kaufmännischen Arbeit vorläufig noch so gut wie gar nichts leisten. Auch diese Tätigkeit bedarf der vorbereitenden Erziehung wie jede andere, und hat diese ihren Dienst getan, dann erst wird die Zeit gekommen sein, wo man der Frauenarbeit auch auf diesem Gebiete ein Feld einräumen wird. Dann wirst Du auch mich bereit finden, meine männlichen Gehilfen mit weiblichen zu vertauschen.“ Marie erhob sich und Eveline küßte sie mit großer Lebhaftigkeit auf beide Wangen.

Marie, deren Stimme durch die Aufregung aufs äußerste gespannt, hörte das Rascheln der Gewänder, noch ehe ihre Gehilferin die erste Stufe betreten hatte. Sie erhob sich und sah ihr erwartungsvoll entgegen. Aber kaum hatte sie die Augen auf sie gerichtet, als ein Schauer ihren Körper überfiel und sie krampfhaft nach der Lehne eines Sessels griff. Die geliebten Augenlider und die Röte, die Mariens Antlitz bedeckte, hatten ihr alles verraten.

„Gnädige Frau, sprach sie leise, indem sie sich bemühte, ihr näher zu treten, ich möchte Sie vor der Unannehmlichkeit, mir das Nähere mitzuteilen, verschonen, ich sehe, daß ich nichts zu hoffen habe. Nicht wahr?“
Marie nickte beständig und drückte schweigend die Hand der jungen Frau. Sie verteilte den Laken und blieben auf dem Trottoir einen Augenblick stehen. Martha war ganz blaß geworden. Es war wie wenn ein innerer Frost sie durch die warme Hülle hindurch schüttelte und wie wenn diese Beschämung sie drückte, denn sie konnte den Blick nicht erheben.

Marie ergriff zuerst das Wort.
„Gott weiß“, sagte sie, „wie es mich schmerzt, Ihnen auf Ihrem schmerzlichen Lebenswege nicht helfen zu können. Von einer Seite tritt Ihnen leider die eigene Unzulänglichkeit hindernd entgegen, von der anderen Seite Eitelkeit und Scham, der Mangel an Intuition und der schlechte Ruf, in dem die Frauenarbeit steht.“

„Ich verstehe nun“, entgegnete leise und langsam Martha. „Sie bin ich abgewiesen worden, weil es gegen die Gewohnheit verstoßt und weil ich kein Vertrauen erwecke.“

„Ich bitte um Ihre Verzeihung“, entgegnete, einer Antwort ausweichend, Marie, „vielleicht stünde ich mit der Zeit doch etwas, womit ich Ihnen nützen kann.“

Martha neunte ihre Wohnung und indem sie die Augen voll inniger, tief empfundenen Dankbarkeit gegen ihre gütige Gehilferin aufschlug, streckte sie ihr beide Hände zum Druck entgegen. Doch kaum hatten sich die Hände der beiden Frauen berührt, als Martha hastig die ibrigen zurückzog und einige Schritte zurückwich. Marie hatte ihr das über die viel geränderte Ärmel in die Hand gedrückt, das die unmaßstäbliche junge Frau vor vierzehn Tagen zurückgewiesen. Während jetzt eine glühende Röte in die bleichen Wangen schok, wand Martha im ersten Augenblick wie erstarret da. Ein Almosen! und es war, wie wenn ein Schluchzen sich ihrer Brust entringen wollte. Als sie wieder zu sich kam, suchte sie eilends den Weg zu verlassen, den Frau Rudzinska eingeschlagen hatte. Das Moen und Drängen der Menschen hatte halbiert Marie ihren Blick empor, diese jedoch war in einen Wagen gestiegen und Martha wurde ihrer erst ansichtig, als der Wagen um die nächste Straßenecke bog. „Gnädige Frau!“ rief sie flehentlich, aber ungehört verließ ihre schwache Stimme.

Wie dem Almosen, das sie so tief zu bemühen schien, in der Hand, schlug Martha jetzt den Weg nach der St. Georgstraße ein. Doch war sie Anfangs mit flieberhafter Eile vorwärts geschritten, so wurde ihr Gang jetzt immer langsamer und unregelmäßiger. Hatte die moralische Aufregung, die sie in den letzten Stunden erfahren, ihre physische Kraft gedrossen? Erschlaffte ruhigere Ueberlegung, inneres Schwanken den eben erst gefaßten Entschluß? Einen Augenblick lang stand sie an der Ecke der St. Georgstraße und zerschütete krampfhaft das Haupt, indem sie bleich und verfloßt zu Boden sah, dann wandte sie sich nach der Richtung ihrer eigenen Wohnung zu.

Der Stolz und die Not kämpften einen bitzen Kampf in ihrem Innern, die letztere trug der Sieg davon. Jung und gesund, in der Vollkraft ihres Lebens, mit jeder Faser ihres Seins, mit jedem Atemzuge nach Arbeit lechzend, hatte sie ein Almosen angenommen. Wäre sie allein auf der Welt gewesen, da hätte es noch einer langen Zeit bedurft, ehe ihr Stolz, ihre Menschenwürde sich solcher Demütigung unterwerfen hätte. Aber sie gedachte ihres armen, frierenden Kindes, das dort oben in den kalten vier Mauern eingeschlossen lag und sehnsüchtig der Mutter harrete, die ihm Wärme, Licht und die so dringend notwendige reichliche Nahrung bringen sollte, und ihr Widerstand wurde gedrossen.

Es war ein bedeutungsvoller Tag in dem Leben des jungen Weibes, obgleich sie sich darüber keine klare Rechenschaft zu geben vermochte. Empfindung sie doch zum ersten mal eine milde Gabe, kostete sie zum ersten mal jenes Brot, so bitter für Stelle und Freude, so verdächtig und herabwürdigend für Jung und Alte.

(Fortsetzung folgt.)

Der Voraustritt nach gelöst und überhört strickt und mit dem Vorberücktra des Reichsgerichters in die Arme der Partei zurückzuführen, in den Volksversammlungen mit mehr Begierde als bisher begrüßt werden, und in seiner sozialdemokratischen Agitation in Wort und Schrift wird er fortgesetzt und nur bei seiner Stellung die kleine strafrechtliche Verleumdung berücksichtigen, die er jedoch vom Reichsgericht empfangen hat.

Das ist, wenn man die Sache nüchtern betrachtet, der ganze Effekt der Verurteilung Liebknechts, soweit es sich um diesen selbst handelt. Aber wie dürfen auch gar nicht erwarten, daß das Urteil weitergreifende Folgen haben wird, daß es etwa geeignet wäre, der von Liebknecht betriebenen Agitation einen Damm zu legen. Die Verhandlung selbst hat freilich noch andere Effekte gebracht. Sie wurde dem Einzelgänger zu einem auf weite Kreise wirkenden agitatorischen Triebmittel, indem er schon bei seiner Vernehmung unter Befreiung jeder Schuld erklärte, daß er auf seine Verurteilung gefaßt sei, und so vor aller Welt dem höchsten Gerichtshof des Reiches den Vorwurf der Voreingenommenheit und Parteilichkeit ins Gesicht schmeißt und für den Fall eines ihm ungünstigen Urteils dieses vorweg zu diskreditieren sucht. . . .

Rein, mit Hochverratsprozessen allein kommen wir dem Hochverrat nicht bei. Unsere Strafgesetze wollen unser Staatsgebäude vor plötzlichen Katastrophen schützen — aber sie treffen nur den, der direkt Bomben wirft und nicht auch den, der soll für die Fundamente unterwühlt, um damit schließlich einen plötzlichen Zusammenbruch herbeizuführen.

Und nun beginnt das alte monotone Lied von der Notwendigkeit eines neuen Sozialengesetzes, das die Laute schon seit Jahrzehnten singt und das mit ihrer heiseren Stimme nicht angenehmer, aber auch nicht gefährlicher geworden ist. Doch die Wirkung des Prozesses hat das Junterblatt annähernd richtig erfaßt, sie findet auch in der „Welt am Montag“ die rechte Einschätzung:

Karl Liebknecht hat durch sein Auftreten vor dem Reichsgericht bewiesen, daß er ein ganzer Mann ist. Er hat sich verdammt, einen guten Eindruck zu machen und hat mit scharfen, rücksichtslosen Worten das Zustandekommen der Anklage geschildert und die Begründung zerlegt, die der Herr Reichsanwalt ihm mit auf den Weg gab. Er hat offen ausgesprochen, daß er auf Freisprechung nicht hoffe, hat gesagt, er sei schon im voraus verurteilt und hat ferner die Erklärung abgegeben, daß an ihm und seinem Sozialismus nichts gelegen sei, wenn nur der Sache gedient werde, die er vertritt. Seine Rede floß über von Witz und Sarkasmus. Sie war ein Meisterstück seiner Polemik, scharfsinnigster Kritik. Und auch hinsichtlich der Sache selbst hat er die besten Argumente vorgebracht. Nachdem der Angeklagte geäußert hätte, nicht mehr von der Anklage übrig zu lassen und schließlich lag sie an der Erde, und wenn die Richter sich lediglich von juristischen Erwägungen leiten lassen, würde der Prozess mit Freisprechung enden.

Durch die Ausführungen Karl Liebknechts, durch die Antworten, die er dem Vorsitzenden auf seine Fragen gab, und durch die Darlegungen, mit denen er das Misshandeln des Oberreichsanwalts kritisierte, hat Liebknecht der Sache, die er vertritt, einen großen Dienst erwiesen. Seine Schrift, die, wie gesagt, nur in wenigen tausend Exemplaren abgesetzt wurde und im übrigen nicht auf vollständige Wirkung gestellt war, hat lange nicht so wirksame Propaganda für den Antimilitarismus gemacht, wie die Verhandlungen dieses Prozesses. Millionen haben den Gerichtsbericht mit gespanntem Interesse verfolgt, und von Tag zu Tag steigerte sich ihre Anteilnahme. Das kam daher, weil im Mittelpunkt der Verhandlung die Persönlichkeit eines kombattanten Mannes stand, der mit großem Talent und unerschütterlichem Mut für eine Sache stritt, die ihm heiligste Herzenssache ist. Mit hoher Genehmigung nahmen alle diese Leser Kenntnis von dem, was der Angeklagte ausführte. Sie erwarteten sich dabei allmählich auch für die Ideen, die er vertritt und abzutragen schließlich das persönliche Interesse an die Sache, um die es sich handelte. So wurden dem Antimilitarismus, der in der Liebknechtschen Aufmachung und Bearbeitung ungewöhnlich bestechend erscheint, zahlreiche Anhänger selbst in solchen Kreisen gewonnen, in die unter normalen Verhältnissen die antimilitaristische Agitation sobald noch nicht gedrungen wäre.

Aber auch für die Sozialdemokratie war das Ergebnis des Prozesses ein großer Gewinn. Das unter den Sozialdemokraten es Männer von solcher Charakterstärke und solcher Geschlossenheit des ganzen Weltens gibt wie Liebknecht einer ist, muß der Partei Schwächen auch in Kreisen werden, die ihr fern liegen. Nicht mit Unrecht sagt man sich, daß die Größe des Charakters, daß der Mut, die Opferwilligkeit und Selbstlosigkeit, die in diesem Manne sich so glänzend offenbaren, zum nicht geringen Teil aufs innigste zusammenhängen mit seiner politischen Überzeugung, daß nämlich die sozialistische Weltanschauung den Menschen über die irdischen Erbverhältnisse der Menschennatur erhebe und ihm einen höchsten Halt verleihe, den seine Religion und seine Nationalität zu geben vermögen.

Oben das Urteil des Reichsgerichts gibt es kein Rechtsmittel mehr. Die einzige unabhängige Instanz ist die öffentliche Meinung. Sie aber ergreift für Karl Liebknecht Partei, obgleich die liberale Presse auch diesmal wieder nur in ganz vereinzelten Fällen ihre Schuldigkeit getan hat. Die Vertreter und Anhänger des Militarismus haben keinen Anlaß, über die Verurteilung eines Mannes zu frohlocken, der tanzend über ihrer Kräfte wie über ihrer Schandenrede steht. Ein Mann ist über Bord. Aber dieser Mann wird wiederkehren, und inzwischen wird die Sache, die er so mutig verteidigt, Fortschritte machen, die er vor kurzem selbst noch nicht zu erhoffen wagte.

Kein Zweifel, Karl Schneidts hat die politische Wirkung des Prozesses richtig abgeschätzt. Der Widerspruch liegt auch zu klar auf der Hand. „Friede auf Erden!“ So soll einst der Englein Sang auf dem Felde bei Bethlehem erklingen sein. „Zwei Jahre Ruchthaus dem, der den Frieden schaffen will!“ „Klingt das Echo aus Leipzig.“ „Den Menschen ein Wohlgefallen!“ so erschallt es von allen Kanzeln. „Fünf Jahre Ehrverlust! Sofortige Verhaftung!“ sagt Herr Oberreichsanwalt Dr. Oshausen. — Das muß die Herzen wecken und die Köpfe erleuchten!

Die Heimkehr Dernburgs von seinen Wanderungen in Ostafrika. Staatssekretär Dernburg wird voraussichtlich am 10. November in Berlin eintreffen. Die Ergebnisse der in der Kolonie gemachten Feststellungen sollen dem Reichstage noch bei seinem beabsichtigten Wiederzusammentritt in einer eingehenden Denkschrift zugehen. Sie dürften nicht sehr ermutigend für sehr ermutigend für unsere Kolonialpolitik sein. Denn einer der journalistischen Adjutanten Dernburgs, Herr Konrad Alberti, durchaus kein „Rogier“ oder Kolonialhieb, gibt keine Erfahrungen von der Reise in folgenden Sätzen wieder:

Ich war mit einer großen Enttäuschung begonnen. Es ist nichts mit der Baumwolle in Deutsch-Ostafrika. Wenigstens vorläufig nicht. Die Kultur hat sich als unzulänglich erwiesen. In der Wüste, wenn der Strand Regen beherst, kann es ganz der Boden vor Trockenheit und in der Regenzeit, wenn die Wüste überflutet ist, gibt es keine in Ostafrika. In Deutsch-Ostafrika ist kein Bock auf die Wälder. Die flüchtige Be-

wässerung ist meist nicht leicht; das Wasser fließt in den Schluchten, wo man es nicht brauchen kann, und Hebeanlagen sind zu teuer.

Gaslose Schälringe vernichten hier die Baumwollkapellen und man kennt noch kein Mittel gegen sie. Stahlmann hat gefunden, daß die meisten der angepflanzten Sträucher und Bäume nach einem ertragreichen ersten Jahre vom zweiten an kranken und in diesen verloren sind. . . . Der Vertrauensmann des Kolonialwirtschaftlichen Komitees hat seinen Auftraggebern den Rat erteilt, den großen Dampfzug in Saabani zu verkaufen und die Baumwollpflanzung einzugehen zu lassen. In Lind und Niba steht es nicht besser aus. . . .

Der Kaffeebau ist in der Kolonie so gut wie abgetan. Die Erdbeeren, die ein vorzügliches Del liefern, leiden dies Jahr an einer geheimnisvollen, selbst den Gelehrten in Avanti unerklärlichen Krankheit und sind völlig misserat, ihr Bau ist also eine unsichere Sache. Die Koprodukte sind ertragreich, aber auf die Küste beschränkt, da die Kolonialpolitik die Seelust liebt. . . .

Reiben also alle ausstehende Kulturen Skat und Kautschuk. Skat erfordert ziemlich kostspielige Klopfanlagen und ist nicht für kapitalstärkere Pflanzern. Stuhlmann hat ausgerechnet, daß in ein bis zwei Jahren Deutsch-Ostafrika den gesamten Skatbedarf Deutschlands zu decken imstande sein wird. In Mittelamerika und auf Ceylon wirkt man sich heute mit Kraft auf den Skatbau — wozu mit der Gelamterzeugung, wenn, wie vorauszuweisen, die Preise auf dem Weltmarkt gewaltig fallen werden? In dem dann unverkauflichen Gans werden sich alle Spekulant der Welt aufhängen können.

Kautschuk ist ein sicheres Ding, so lange der Weltbedarf beständig steigt. . . . Und schon arbeitet man in tausend chemischen Laboratorien Europas und Amerikas eifrig an der synthetischen Herstellung kautschukartiger Massen.

Das ist, wie betont, unsere „beste“ Kolonie und Herr Dernburg mag allerdings als ein „erlaunter Wanderer“ vor diesem Trümmerfeld seiner Hoffnungen gestanden haben. Wer aber glaubte, daß er, der mit tausend Masten nach Deutsch-Ostafrika hinausgeschickt ist, jetzt still auf geradem Vort in den Hafen von Hamburg treiben werde, der irrt sich. Die Reklametrommel für die Kolonien wird um so lauter klingen, je weniger hinter dem Slogan wirklich zu suchen ist.

Wollten sie nicht mehr Sklaven sein? Wie die „N. Hamb. Ztg.“ aus Oldenburg meldet, wurden von der großherzoglichen Staatsregierung 100 Oesterreicher (Polen) als lästige Ausländer ausgewiesen.

Die kurze Meldung läßt den Grund zur Ausweisung noch nicht erkennen. Arbeiterfreundlichkeit dürfte es aber kaum gewesen sein.

Zur Frage, ob Liebknecht Rechtsanwalt bleiben werde, schreibt die „Post“: „Bei einer Verurteilung zu Hochhansstrafe würde Liebknecht ohne weiteres auch aus dem Rechtsanwaltsstande ausgeschlossen worden sein. Da das Urteil aber nicht auf Hochhansstrafe lautet, hält der Oberreichsanwalt offenbar ein weiteres Verfahren für notwendig. Ob er damit beim Ehrengerichtshof für Anwälte den Anschlag erreichen wird, bleibt abzuwarten. Zunächst würde sich wohl die Anwaltskammer in Berlin mit der Sache zu beschäftigen haben. Nach der bisherigen milden Praxis dieser Kammer ist ein so schweres Verdict über Liebknecht nicht zu erwarten.“ Nun, die Trauben hängen zu hoch, liebe „Post“.

Noch einmal der „äußerst traffe Fall von sozialdemokratischem Terrorismus.“ Wir berichteten vor einiger Zeit über die Notiz der Presse, betreffend die Mißhandlung der Eltern zweier Schauerleute durch ihre Söhne. Das „Hamb. Echo“ weist den Versuch zurück, den Vorfall mit der Sozialdemokratie in Verbindung zu bringen, zumal die beiden Schauerleute der Sozialdemokratie gar nicht angehören. Auch dem Verband der Hafenarbeiter gehören die beiden nicht an. Damit läßt der Schwindel in allen Teilen zusammen!

Studentenrat oder „Sozialdemokratische Robheit.“ In dem Mainfränkischen Rington wurde jüngst von dem Denkmale des Prinzen Ludwig nächsterweil die Büste herabgeworfen und zertrümmert. Da in dem Städtchen seit einiger Zeit die Arbeiterbewegung aufzubringen beginnt, leiten die Stipendiaten des Reichshandels die Forderung ohne weiteres der Sozialdemokratie zur Last. Das sei „ein Akt sozialdemokratischer Robheit“ und gebe „einen kleinen Vorgeschmack dessen, was man zu erwarten habe, wenn das rote Gift noch weiter um sich freisetzt.“ Den „vaterlandslosen“ Frevelern gebühre, wenn man sie erwische, schwere Ruchthausstrafe.

Nun hat man den Täter entdeckt. Es ist aber kein roter Umhänger, sondern ein Angehöriger der „goldenen Jugend“ — ein „Studentenrat“ um, von einem „nuchthauswürdigen Verbrecher“ ist nicht mehr die Rede.

Handlungsgehilfen - Klavierri. Unter Kaiseriners Malgaffert-Fabrik, G. m. b. H. in München, berichtet das „Handlungsgehilfenblatt“: Diese Firma legt nun Gebilfen, die sich bei ihr eine Stellung bewerben, Bewerbungsformulare vor, in denen sich u. a. folgende Fragen befinden:

- Eltern oder Angehörige (Vormund)?
- Religion?
- Sonstige Familienverhältnisse?
- Militärverhältnisse?
- Erbverhältnisse?
- Gefundheitsverhältnisse?

Wenn ein Gebilfe die Annahme einer Stellung davon abhängig machen wollte, wie es mit der Körpergröße und den Familienverhältnissen des betreffenden Prinzipals Recht, so würde dieser Prinzipal den Gebilfen entweder für irrsinnig oder für einen unverschämten Keul halten. Aber wenn die Prinzipalität nach solchen Sachen fragt, so hält sie dies ganz als der Ordnung entsprechendes, wertwürdige Logik, wertwürdige Moral! In dem Bewerbungsformular der Firma Kaiseriners befindet sich auch folgender Passus:

„Wir bedingen das Eingehen einer Konturrenzklausel, wonach die bei uns tätigen Herren sich verpflichten, während dreier Jahre nach dem Austritte bei keinem Unternehmen in Deutschland, Oesterreich-Ungarn und der Schweiz, welches dem gleichen Handwerkszweig angehört, weder als Teilhaber, noch als Kommissionshelfer, noch als Agent, noch als Angestellter, direkt oder indirekt tätig zu werden.“

Also eine Konturrenzklausel in der schärfsten Form. Wer bei Kaiseriners in Stellung tritt, muß für drei Jahre nach seinem Austritt bei dieser Firma das Recht auf Arbeit in der gleichen Branche für ganz Europa, für alle deutschsprachlichen Länder verkaufen. Es wird höchste Zeit, daß dem Konturrenzklausel-Umsatz ein Ziel gesetzt wird.

Staat und Kapital. Die „Kob. Allg. Ztg.“ schreibt: Nachdem jüngst zwischen der preussischen Staatsbahnenverwaltung und dem Stahlwerksverband ein dreijähriger Vertrag auf Lieferung von Schienen und Schwellen abgeschlossen ist, hat die preussische Staatsbahnenverwaltung sich nunmehr auch mit dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenverband über die Lieferung von Kohlen nach Preußen verständigt. Bei diesen Verhandlungen sollen auf beiden Seiten folgende Gesichtspunkte lebhaft gewesen sein: Begegnung auf einer mittleren Preislinie, wobei den Rücksichten der Regierung getraut ist.

Die Staatsbahn- und Kohlenverträge werden als weitere letzten Schritt zum „Eisenstaat“ über Preußen nicht veressen werden. Das weiß der Staat in aus früheren Erfahrungen.

Parlamentarische. Der Stadterwählte und Landtagsabgeordnete für Berlin I, Kreilich, gibt bekannt, daß er wegen seines hohen Alters kein Mandat mehr annehmen wolle.

Es haftet im ganzen Kreise. Im Antrage des Generalintendanten der Königl. Schauspiel, Herrn von Hülken, erkl. Justizrat von Siebert in Wiesbaden in den Abendblättern, daß die von dem Sänger Frank gegen Herrn von Hülken erlassene Anklage von der Berliner Staatsanwaltschaft als unbegründet zurückgewiesen sei, daß ferner Ermittlungen darüber angestellt werden, ob Frank, gegen den ein Strafverfahren wegen Cypresenungsverfälschung und Verleumdung schwebt, zurechnungsfähig sei, und daß endlich Herr von Hülken gegen den verantwortlichen Direktor des Berliner „Deobacher“ und den Verfasser eines in dieser Blatte erschienenen Artikels, „Stand in der Hofoper“, Strafantrag gestellt habe.

Alte Reichstagsmitglieder. Die Abgeordneten Brömmann (Zentrum), D. Dr. Graf Douglas (Freikons.), Bische (Nationalliberal), Jürgens (natl.), Klose (Zentrum), Dr. Krichbaum (natl.), Krichhoff (Freikons.) und Meyer-Frankenstein (Zentrum) blieben am 26. Oktober auf ein 25-jähriges Mandatsalter zurück. Der Abgeordnete von Dellen bezieht am 26. Oktober die 25-jährige Wiederkehr des Tages, an dem er zuerst zum Abgeordneten gewählt wurde, er war indessen vom 6. November 1888 bis 7. November 1893 nicht Mitglied des Hauses. Abgeordneter Dr. Hitz feiert gleichfalls am 26. Oktober die 25-jährige Wiederkehr des Tages, an dem er zuerst zum Abgeordneten gewählt wurde, er legte jedoch am 18. Juni 1893 sein Mandat nieder und wurde am 3. November 1898 wiedergewählt. Genosse Hebel trat schon vor 40 Jahren das erste Mal in den deutschen Reichstag ein.

Nützliche Arbeit für den Kronprinzen. Der Kronprinz hat den Wunsch geäußert, die Zivilerwaltung des Staates in umfassender Weise kennen zu lernen. Auf diesen Wunsch hat der Kaiser durch Rabinetsordre vom 7. Oktober d. J. die Genehmigung zur Beschäftigung des Kronprinzen im Ministerium des Innern für die Dauer eines Jahres unter Befreiung von militärischen Dienstleistungen während dieser Zeit“ erteilt und die Einweisung des Kronprinzen in die zivilistischen Geschäfte dem Minister des Innern von Moltke, unter Billigung des von diesem aufgestellten Beschäftigungsplans, übertragen. Der Kronprinz hat seine neue Beschäftigung angeblich schon am Montag aufgenommen.

Ausland.

Nach dem 10. Oktober in Ungarn. Das ungarische Proletariat hat am 10. Oktober das ganze öffentliche Leben stillgelegt und seinem Willen untergeordnet. Es bestimmte, daß die Arbeit zu ruhen habe, die Geschäfte zu schließen seien. Aller Verkehr und Handel stockte, in den Fabriken und Werkstätten waltete der Feiertagsfrieden, es war der Tag des Wahlrechts. Selbst die Cafes und Restaurants hatten ihre Pforten geschlossen und in den Hotels war der Betrieb eingestellt. Das Proletariat hat in Budapest und in zahlreichen anderen Städten seinen Willen einmütig und bestimmt bekundet. Und die herrschenden Gewalten haben es empfunden, wie ernst es der Klassenbewußt Arbeiterchaft mit der Eringung des allgemeinen Wahlrechts ist.

Im Abgeordnetenhause hatte der Graf Andrássy bereits Gelegenheit, sich über die Vorlage des neuen Wahlrechts zu äußern. Diezky's Interpellation über die Verschleppung der Wahlreform kam am 12. Oktober zur Verhandlung. Andrássy erklärte, daß er das Versprechen, welches er freiwillig gegeben, auch halten werde. Im übrigen versuchte der hohe Herr, die Demonstration vom 10. Oktober als möglichst harmlos und unbedeutend hinzustellen. In Budapest hätten nur 30.000 Arbeiter am Zuge teilgenommen. In ungarischen Blättern schätzten die Beteiligung auf 120.000 und mehr.) Betrachtet die Koalitionsregierung die ungarische Arbeiterchaft als einen wirklich Quantitätsmäßigem so dürfte sie unter Umständen gewaltige Aufschreie erleben. Sollte die Wahlreform den berechtigten Forderungen der Arbeiterchaft nicht entsprechen, so ist diese bereit, Blut und Leben einzusetzen.

Eine Nachsäffung der Massenbewegten Arbeiterchaft setzten sich die ungarischen Christlichsozialen. Sie entsandten ebenfalls eine Deputation an das Abgeordnetenhause, die im Namen der christlichsozialen Arbeiterchaft dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses vorgeführt wurde. Ein gewisser Schöbely hielt eine Ansprache, welche in dem Restrain ausklang: „Unsere Prinzipien sind: Für Gott, für die Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit.“ Diese Grundgedanken der christlichsozialen Arbeitervereine Preßburg hatte an die Unternehmern ein Zirkular erkrankt, in welchem diese im Auftrage „unserer christlichsozialen Arbeitergenossen“ verständigt werden, daß die Mitglieder jenes Vereins als „christliche, patriotische Arbeiter den am 10. Oktober durch die internationalen Sozialdemokraten gestifteten Streik unterstützen und arbeiten werden“.

Also auch hier bleiben die sogenannten Christlichsozialen ihren schamlosen Grundgedanken getreu, indem sie der kämpfenden Arbeiterchaft in den Rücken fallen.

Die Kämpfe in Mailand. Nachdem den Arbeitern von seiten der Behörden die Versicherung geworden, daß die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden sollen, ist nunmehr der Generalstreik für beendet erklärt. Eine große Anzahl Polizisten sind verhaftet und es soll ihnen ein Prozess gemacht werden.

Was den Kampf der Gasarbeiter anlangt, so haben diese einen fast vollständigen Sieg errungen. In den Verhandlungen nahmen außer der Direktion und den Vertretern der Arbeiter auch die beiden sozialistischen Abgeordneten Veres und Ghisla teil, außerdem waren die Bürgermeister der 5 beteiligten Städte Mailand, Genna, Sampierdarena, Alessandria, Modena anwesend. Die weitestgehenden Forderungen der Arbeiter wurden von der Direktion nunmehr bewilligt. Eine allgemeine Lohnerhöhung von 10 Prozent (gefordert hatten die Arbeiter 15 Prozent); den Hilfsarbeitern wurde ein Minimallohn von 8 Frcs., in jährlichen Zulagen steigend bis zu 4 Frcs., zugestimmt. Ferner wurde beschlossen, eine Schiedskommission einzusetzen, in welcher die Direktion und die Arbeiter vertreten sein sollen und die die Aufgabe hat, die übrigen Arbeitsbedingungen zu prüfen. Ohne das brutale Eingreifen der Polizei wäre also dieser Streik in ganz normaler Weise beendet gewesen.

Ein neueres Telegramm besagt: Der Ausstand in Paris ist ebenfalls beendet. Die Bahnhofsvorsteher und Angestellten haben an Tolit ein Telegramm gerichtet, worin sie erklären, daß das gesamte Personal in den Ausstand treten werde, falls die Befreiung eines einzigen Kollegen erfolgen würde. Man beschränkt in Turin neue Schwierigkeiten infolge des Beschlusses der Fabrikarbeiter, sämtliche Arbeiter als Gegen demonstration gegen den Streik für die Zeit von 8 Stunden auszusperren. In Rom ist die Streikbewegung gescheitert, größtenteils wegen der bevorstehenden Wahlen, da man befürchtet, daß es Wasser auf die Mühlen der Rerikaler sein würde.

Heberall, Wahlreformen nur in Preußen nicht! Der von der holländischen Regierung eingebrachte Vorschlag betr. Änderung der Verfassung (siehe gestrige Nummer) betrifft folgende Punkte: 1. Erziehung derjenigen Artikel der jetzigen Verfassung, welche die Einführung des gleichen Stimmrechts, sowie die verhältnismäßige Wahl verhindern. 2. Einführung des Wahlrechts für die nicht verheirateten Frauen. 3. Aufrechterhaltung des Senats in seiner jetzigen Form. 4. Verlängerung der Mandate der Abgeordneten der ersten Kammer und zwar von 4 auf 5 Jahre. 5. Erweiterung der Bedingungen betr. die Wahlbarkeit des Senats und 6. Auflösung der Provinzialräte im Falle der Auflösung des Senats.

Neue Notiz auf dem Balkan. Die Wahlen der Wahlmänner der ersten Kurie des Petersburger Kreises ergaben insofern ein völlig unerwartetes Resultat, als entgegen der Siegeserwartung der Obriken vier Kadetten mit großer Stimmenmehrheit gewählt wurden. In der zweiten Kurie wurde nur ein Kadett gewählt, während dem zweiten die absolute Mehrheit, was eine nochmalige Wahlmänner, Sozialdemokraten und Marxisten.

Die Wahlen in Petersburg. Die Wahlen der Wahlmänner der ersten Kurie des Petersburger Kreises ergaben insofern ein völlig unerwartetes Resultat, als entgegen der Siegeserwartung der Obriken vier Kadetten mit großer Stimmenmehrheit gewählt wurden. In der zweiten Kurie wurde nur ein Kadett gewählt, während dem zweiten die absolute Mehrheit, was eine nochmalige Wahlmänner, Sozialdemokraten und Marxisten.

Die Dumawahlen im Pierdestall. Die Wahlen für die dritte Duma finden unter ganz außerordentlichen Umständen statt. Es scheint, als ob die russischen Parteien ununterbrochen konkurrieren, um ihrer Mission für die Wahlen und die Wähler immer schroffer Ausdruck zu verleihen.

In einer Kreisstadt des Nordwestgebietes sollten die Bevölkerungswahlen der Kleingrundbesitzer und Gewerlichen stattfinden. Der Gouverneur sah nun kein anderes Mittel, um die Wahlen zu fördern, als den Wählern einen Vierdehntel als Wahllokal anzuweisen. Es wurde auch wirklich in diesem von Ausbänkungen verpesteten Räume die Wahlhandlung durch einen feierlichen Gottesdienst eröffnet, und in Gegenwart der vierhundert Bewohner des Raumes übten die Wähler ihre „erste Bürgerpflicht“ aus!

Dieser Vorfall ist keine Erfindung. Er ereignete sich am 24. September in der Stadt Vobrujsk, Gouvernement Wlusk!

Unruhen in Argentinien. Aus Buenos-Aires wird gemeldet: Da die verächtliche Intervention zur Beilegung der Revolution in der Provinz Corrientes gescheitert ist, hat das Nationalkabinett die formelle Intervention zur Entlassung der streitenden Parteien sowie die Vornahme von Neuwahlen für das Parlament angeordnet.

Der Kongress der Radikalen in Frankreich. Die radikalen, die dieser Tage in Nancy saßen, haben bis zuletzt den Zug nach rechts beibehalten. Der Antrag auf Propagation des Proportional-Wahlrechts wurde einstimmig abgelehnt, trotzdem einer ihrer hervorragendsten Führer, der Abgeordnete Dufrane, sich dafür einsetzte. Nachdem die die Gold- und Silberpartei mit den „unparteiischen“ Sozialisten abgelehnt hatten, kann die Erklärung, daß sie trotzdem mit den Parteien der Linken für alle Reformen auf sozialem, fiskalischem und politischem Gebiete eintreten werden, wenig Vertrauen beanspruchen. Das Ministerium gelangte zur Annahme, ohne den Proporz für diese Wahlperiode aber von sehr zweifelhaftem Wert. Die Organisation der radikalen Partei ist, wie aus den diesbezüglichen Debatten hervorgeht, eine äusserst problematische. Nur 128 von 600 Deputierten und Senatoren, die sich der radikalen Partei anschließen, haben nach den Mitteilungen des Vorstandes die hunderttausend 10 Franc Jahresbeitrag entrichtet; viele von denen, die in hervorragender Weise im Namen des Radikalismus im Lande predigen, haben überhaupt niemals zur Partei gehört. Es wurde festgestellt, daß die radikalen Abgeordneten in Zukunft 200 Franc pro Jahr an die Parteikasse abzuführen haben. Es scheint mehr als zweifelhaft, ob dieser Beschluß besser gehalten wird wie die früheren.

Saywoods Ankläger verhaftet. Eine der wichtigsten Personen im amerikanischen Saywood-Prozess ist Senator W. C. Borah, der die Anklage gegen den Genossen Saywood vertrat, und der in dieser Eigenschaft das denkbar möglichste tat, die westliche Föderation der Bergleute zu diskreditieren und ein Schuldig für Saywood wegen — Merdes!!! herbeizuführen, ist jetzt verhaftet worden. Welche Ironie des Schicksals! Saywood, der vermeintliche Verbrecher ist freigesprochen, der Staatsanwalt aber, der die Verhandlungen leitete, verhaftet, unter der Anklage, die Vereinigten Staaten durch falsche Eintragungen von Fortkländeren betrogen und damit geschädigt zu haben. — Borah ist, wie uns geschrieben wird, ein Typus der skrupellosen westlichen Politiker und seine Verhaftung wirft ein sonderbares Licht auf die Korruption einer Bande, die sich verschworen hatte, die Union der Bergleute zu verderben und die Verurteilung Saywoods und Genossen, ohne Rücksicht auf die anzuerkennenden Mittel, zu bewirken.

Ein Land, dem es an jungen Mädchen fehlt. Die Regierung von New-Jersey hat Vorkehrungen getroffen, um regelmäßig in England junge Mädchen für die Einwanderung in ihren Staat zu gewinnen. Es wird natürlich darauf gesehen, daß die Mädchen imstande sind, häusliche Arbeiten zu verrichten. Die Regierung übernimmt den größten Teil des Fahrgebühres und hält die Hand über die emigrierenden Mädchen, bis sie eine Stellung gefunden haben. Letzteres ist nicht schwer. Die ersten Gruppen von Mädchen wurden gleich nach der Ankunft untergebracht, aber die Nachfrage nach Dienstmädchen, denen hohe Löhne in Aussicht gestellt werden, dauert fort und die Regierung will ihr entgegenkommen. Es sollen daher nicht weniger als alle vierzehn Tage hundert Mädchen ausgeführt werden. In der Hauptsache liegt also den Herrschaften daran, dienende Geister zu bekommen. Die Mädchen des Landes geben sich wohl dazu nicht her?

Kleine Auslandsnachrichten.

Zwischen Belgien und Deutschland ist soeben ein Abkommen getroffen worden betreffend gegenseitige Kenntnisgabe aller Fälle von ansteckenden Krankheiten in den beiderseitigen Grenzdistrikten. Ufermächtige Krankheitsberichte werden wöchentlich von den Regierungspräsidenten ausgetauscht. — General Walker Rittcher hat die Wintermanöver ausgegeben, da es wegen der Hungersnot in Indien unumgänglich ist, Vorräte heranzuschaffen. — Nach einer Meldung aus Konstantinopel besteht zwischen den Mächten vollständiges Einverständnis in Angelegenheiten der in Mazedonien einzuführenden Justizreform, sowie in Bezug auf das der Fortie gegenüber in dieser Angelegenheit zu befolgende Vorgehen. Die Vorkämpfer der Mäde haben am Sonnabend eine Beratung abgehalten, um die Forderung der an die türkische Regierung zu richtenden Kollektivnote festzustellen. — Unter den Griechen auf Cypern gibt sich neuerlich eine lebhaftere Bewegung für die Vereinigung der Insel mit Griechenland. In den maßgebenden englischen Kreisen wird diese Erscheinung mit Aufmerksamkeit verfolgt und es heißt, daß von dieser Seite gewisse Maßnahmen bevorstehen, durch welche der Bewegung entgegengetreten werden soll. Die Vermehrung der englischen Garnison auf Cypern ist dem Vernehmen nach bereits beschlossene Sache; ferner ist ein Besuch mehrerer englischer Schiffe in den wichtigsten Häfen der Insel in Aussicht genommen. — Der König von Portugal erteilte dem Kriegsminister durch Erlaß zum Aufbruch von 20 Militärlisten. — Das Wintersemester der Hochschule von Sofia konnte nicht eröffnet werden, da sich im ganzen Lande Studenten und außerordentliche Hörer hatten inskribieren lassen. Die Eröffnung wurde daher auf den 23. d. M. verschoben, aber auch dieser Termin wird schwerlich eingehalten werden können.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 16. Oktober. Um die Staatsanwaltschaft lächerlich zu machen, hat seiner Zeit die „Volkswacht“ die Anklageschrift gegen den hiesigen Kaufmann Delahon veröffentlicht, durch die dieser beschuldigt wurde, sich gegen die Sitlichkeit vergangen zu haben, weil er Unschätzarten mit Reproduktionen hervorragender Künstler, wie Rubens und van Dyck, zum Verkauf ausgestellt hatte. Um die Staatsanwaltschaft lächerlich zu machen, wie wir das — so will es wenigstens der Herr Staatsanwalt Dr. Engelmann haben.

Nachdem nämlich am vorigen Donnerstag die verantwortlichen Redakteure dreier hiesiger Tageszeitungen sich vor der 1. Strafkammer wegen jenes Abdrucks auf Grund des § 17 des Reichspressgesetzes zu verantworten gehabt hatten, stand heute wegen eben dieses ungeschworenen Verbrechens der vorzeitigen Veröffentlichung unser Kollege Wolff vor derselben Strafkammer, die allerdings etwas anders zusammengesetzt war. Der Angeklagte wendete ein, daß der Wortlaut der Anklageschrift der „Frankfurter Zeitung“ entnommen sei. Diese habe nicht ein Wort davon gebracht, daß die Sache noch in der Revisionsinstanz schwebte. Die Redaktion der „Volkswacht“ habe sich daher in der berechtigten Meinung befunden, daß es sich um ein abgeschlossenes Verfahren handle, der Abdruck also erlaubt sei. Erst am nächsten Tage haben wir aus einer diesigen Tageszeitung erinommen, daß die Revisionsinstanz noch nicht abgeschlossen ist.

Dieses Verbot der Redaktion der „Breslauer Morgenzeitung“ hatte am vorigen Donnerstag dazu geführt, daß damals der Staatsanwalt Dr. Hensel selbst die Freisprechung beantragte und daß sie auch erfolgte, weil ein subjektives Verschulden nicht nachgewiesen werden konnte; gegen die „Volkswacht“ aber obgleich sie dieselben Gründe für sich hatte, beantragte der Kollege des Herrn Hensel, der Staatsanwalt Dr. Engelmann 50 Mark Geldstrafe! Sehr bezeichnend war dabei die Begründung, die Herr Engelmann seinem Antrage gab. Er führte aus, daß die Anklageschrift gegen Delahon veröffentlicht worden sei, nicht etwa um die Kunst zu schützen, sondern nur um daran „unangenehme“ Bemerkungen zu knüpfen, zu dem Zwecke die Anklagebehörde vor der Öffentlichkeit ins Lächerliche zu ziehen. Wo nahm Herr Engelmann überhaupt das Recht her, den Zweck zu prüfen? Der § 17 des Pressgesetzes gab ihm hierzu nicht den geringsten Anhalt und in dem Prozeß gegen die bürgerlichen Redakteure hat man auch nicht ein Sterbenswort davon gehört, daß man dort auch denselben Zweck vorausgesetzt habe. Es wäre auch für die Breslauer Staatsanwaltschaft gerade nicht besonders angenehm, konstatieren zu müssen, daß mehrere hundert deutsche Zeitungen — denn auch außerhalb von Breslau — hat man an der Anklageschrift herde strüßig geübt — diese Behörde vor der Öffentlichkeit lächerlich gemacht haben. Schließlich kann doch auch die Presse nichts dafür, wenn Handlungen der Staatsanwaltschaft in der Öffentlichkeit lächerlich wirken, womit nach lange nicht gesagt zu sein braucht daß sie auch wirklich lächerlich sind.

In Bezug auf die Voraussetzungen der Strafbarkeit schloß sich auch das Gericht trotz des freisprechenden Urteils in dem gleichliegenden Falle der Morgenzeitung dem Staatsanwalt an; die Höhe der Strafe dagegen wollte die Kammer doch nicht mitmachen; sie erkannte nur auf 5 Mark, mit der Begründung, daß auch die Redakteure des „Generalanzeigers“ und der „Breslauer Zeitung“ nicht höher bestraft worden seien.

† **Blühlicher Tod.** Ein auf der Leinwandstraße wohnender Parfümher Ernst Gehrich war seit dem 9. d. M. von anderen Hausbewohnern nicht mehr gesehen worden, weshalb, da ein Anschlag vermutet wurde, am 14. d. M. die Eingangstür durch einen Schloffer geöffnet wurde. Der Mann lag, nur mit einem Hemd bekleidet, tot neben seinem Bett. Anscheinend ist er bereits vor mehreren Tagen von einem Schlaganfall betroffen worden. Angehörige des Entsekkten werden aufgefordert, sich im Zimmer 54 des Polizei-Präsidiums zu melden.

* **Alarmierung der Feuerweh.** Am heutigen Vormittag wurde die Feuerweh nach der Neuen Graupenstr. 11 gerufen. In einem Lagereller sollte ein mit Benzin gefülltes Faß geplatzt sein. Vor Anbruch der Feuerweh war jedoch jede Gefahr beseitigt, so daß sie nach kurzer Zeit wieder abrücken konnte.

† **Feuer.** In einem Portierhause Siebenhufenstr. 88 gerieten am 14. d. Mts. neben einem Schornstein ein Teil der Dachverkleidung und ein Türsturz in Brand. Nach Freilegung der glimmenden Teile löschte die Feuerweh mit der Eimertrüge. — Neben wurde die Feuerweh nach der Kilmowstr. gerufen, weil auch ein Schornstein Funken geschlagen waren.

† **Gefunden wurden:** ein grünes Handtäschchen, eine goldene Brosche, ein Zehnmarkstück, eine goldene Damenschürze, ein blaues Damenjackett.

† **Abhanden kamen:** ein Hundertmarkschein, ein Fünfzigmarkschein, drei Kriegsgeldmünzen und mehrere Portemonnaies mit zum Teil bedeutendem Inhalt.

† **Schadensschädigung.** Am 5. d. M., Abends, schlug ein Armenhauskugel auf der Schiefwerderstr. vorzüglich eine große Scheibe ein, wobei er sich schwere Schnittwunden an der Hand zuzog. Dem Manne wurde in der Polizeiwache ein Verband angelegt.

† **Diebstähle.** Einem Herrn wurde auf der Weiden Ohle ein Fahrrad, Marke „Seidel“, Kaufmanns Germania Nr. 509,069, mit schwarzem Rahmen und schwarzen Felgen mit roten Streifen entzogen. — Einem Kaufherr wurde aus seiner Wohnung auf der Luisenstraße 22 M. gestohlen. — Aus einem Wäscheboden auf der Friedrich-Wilhelmstraße wurden mehrere Unterhosen, Wäsche und Strümpfe gestohlen. — In der Nacht zum 18. d. M. wurde ein Einbruch in eine Wohnung auf der Wasserloosstraße verübt. Der Einbrecher öffnete gewaltsam die Entree, jedoch vergeblich eine eiserne Vorlegeliste sein weiteres Eindringen, so daß er seinen Plan nicht ausführen konnte.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

* **Diebstahl Stabflement.** Am Sonnabend, 19. Oktober, findet eine große ranchfreie Nachmittags-Vorstellung bei halben Preisen statt.

* **Zeitgarten.** Morgen, Mittwoch, gelangt ein vollständiges neues Programm zur Aufführung. Es ist der Direktion gelungen, den berühmten Conte Serano mit seiner vorzüglich besetzten Löwenparade auf weitere 14 Tage zu prolongieren. Heute bleibt, des großen Erfolges wegen, der Spruch- und Springkolumn Kaiser.

* **Im Zirkus Dusch (Eben-Theater).** Ein Fest für unsere Jugend bildet unstreitig ein Besuch dieser eigenartigen Aufführungen. Heute Mittwoch, Nachmittags 4 Uhr, findet wiederum eine große Annehmbar-Familien-Vorstellung statt. Kinder und Erwachsene zahlen auf allen Plätzen ca. halbe Preise, wogegen sonst das überragende Preisprogramm macht zur Aufführung.

Neueste Nachrichten.

Der Sieg der Eisenbahner. Wien, 15. Oktober. Auf einem großen Gebiet ist der Erfolg der österreichischen Eisenbahner gesichert, auf der Nordwestbahn und auf der Südnorddeutschen Verbindungslahn hat die passive Resistenz aufhören können, weil die Angehörigen der Direktion das Personal befristigen konnten.

Auf den Linien der Staatsbahn-Gesellschaft dauert das Instruktionswählige Arbeiten fort. Die Verhandlungen brachten noch keinen Ausgleich der Differenzen.

Auf der Eisenbahn Wien-Alpbach soll heute das Personal mit der Direktion über die Differenzpunkte Verhandlungen pflegen.

Die Lohnzulage der einzelnen Beamten beträgt zwischen 120 und 400 und 520 Kronen! Auch die Unterbeamten erhalten ähnlich bis zu 400 Kronen, 21 Lokomotivführer bis zu 320 Kronen, die Arbeiter 30-40 Heller pro Tag Zulage. Für die Arbeiter in den Sandwerkstätten tritt an Samstag bereits um 12 Uhr Mittags der Arbeitsstillstand ein. Qualifizierten Werkstättenarbeitern mit mindestens dreijähriger Dienstadt wird ein jährlicher Erholungsurlaub von drei Tagen, solchen Arbeitern mit mehr als zehnjähriger Dienstadt von sechs Tagen gewährt. Für den Urlaubstag wird der Tagelohn oder der neunzehnte Stundelohn bezahlt. Die Verwaltung erklärt dem Eisenbahnministerium gegenüber und das Eisenbahnministerium steht für die Erklärung ein, daß die abgeleitete Bewegung sowie die Verteilung daran keinen Anlaß zu Maßregelungen und Derstellungen bilden. In Zusätzen und Erläuterungen wurden noch einige kleine Vorteile gewährt. — Ein schöner Erfolg.

Marokko.

Rabat, 15. Oktober. General Reqaoui hatte eine Besprechung über die Finanzlage des Reiches, der nur über Geld für einige Tage verfügt. Der Sultan hat die Güter eines Anhängers Muleh Hafid konfiszieren. Amner Hanterotter Sultan!

Tanger, 15. Oktober. Aus Marrakech wird berichtet: Zwischen dem französischen Konsul und den marokkanischen Behörden hat sich ein Zwischenfall ereignet, welcher großes Aufsehen erregte. Die marokkanischen Behörden verweigerten eine Sendung Waffen und Munition auszuliefern, ohne die Ästen zu öffnen. Der Konsul gab den Behörden fünf Minuten Bedenkzeit, andernfalls sollte die Auslieferung mit Gewalt erzwungen werden. Auf diese Drohung hin wurde die Sendung ausgeliefert.

London, 15. Oktober. Die Abgesandten Muleh Hafid, Mohammed el Nafan und Mukir Bukdemuf, sind in London eingetroffen. Durch einen Dolmetscher gaben sie folgende Erklärung ab: Wir sind Minister unseres Herrn Muleh Hafid, des Bruders des ehemaligen Sultans von Marokko Abdul Aziz. Wir sind Überbringer eines veriegelten Schreibens an den König von England. Dieser Brief ist in arabischer Sprache geschrieben, seinen Inhalt werden wir vorläufig nicht bekanntgeben. Wir haben mit dem britischen Auswärtigen Amt nicht verhandelt. Wir hoffen, den König zu Gunsten unseres Herrn zu stimmen. Denn er ist der ältere Bruder und hat zwei Drittel des marokkanischen Volkes auf seiner Seite. Muleh Hafid könnte viel zur Rettung des Reichs Mac Lean tun.

Wir hoffen die Franzosen grüßlich, und es ist bekannt, warum wir Großbritannien lieben. Wir ziehen sogar Deutschland noch Frankreich vor. Wenn der König unseren Wünschen nicht nachgibt, so verlieren wir seinen Titel, da wir auf Befehl unseres Sultans diese Mission unternommen haben. Er hat bisher noch kein Programm für die Regierung Marokkos aufgestellt. Wenigstens sind wir nicht ermächtigt, etwas darüber zu veröffentlichen.

London, 15. Oktober. (S. L. B.) Nachdem die Abgesandten Muleh Hafid auf dem Auswärtigen Amt der Befehle erhalten hatten, daß das Amt kein Schreiben ihres Auftraggebers entgegennehmen würde, verließen sie London, um sich nach Berlin zu begeben.

Anderd wie bei uns.

Sidney (Australien), 15. Oktober. Der Bürgermeister von Wellington in Neuseeland beabsichtigt einen öffentlichen Empfang des sozialdemokratischen Abgeordneten Peter Harbies aus London als eines der britischen Nation zum Ruhm gereichenden Mannes. (Hf. Stg.)

Amerikaner Raufbolde.

Budapest, 15. Oktober. (S. L. B.) Schon seit einiger Zeit veranstalten liberale Studenten der Universität gegen den Professor Vidler, den Präsidenten der sozialwissenschaftlichen Gesellschaft, wegen seiner freisinnigen Vorträge Demonstrationen. Gestern kam es dabei zu einer großen Ranzerei, sodas die Polizei einschreiten mußte.

Hennigs Spielfelle.

Berlin, 15. Oktober. Der unbekante „Franz“, der im Prozeß gegen den Raubmörder Hennig eine große Rolle spielte, ist von der Polizei wegen Jagdverstoßes verhaftet und wieder entlassen worden. Hennig hat bekanntlich vor seiner Hinrichtung behauptet, daß nicht er, sondern jener Unbekante den Mord begangen habe. Die Polizei hatte seinerzeit nach einem gewissen Franz Hofmann gesucht, der bei einem Althändler beschäftigt war. Dieser Franz Hofmann war spurlos verschwunden und ist nun der von der Polizei verhaftete Raubmörder. Er hat ein Geständnis abgelegt, daß er an dem Mordtode mit Hennig zusammen gewesen sei, den Althändler Schuch habe aber Hennig abgeben. Nach diesem Geständnis übergab die Polizei in Wannsee, wo die Festnahme erfolgt war, den Hofmann der Berliner Polizeibehörde. Jetzt ist Hofmann wieder verhaftet worden.

Montpellier, 15. Oktober. (S. L. B.) Der Generalrat des Departements Herault beschloß gestern mit 16: 14 Stimmen, die Regierung um Begnadigung der Meuterer vom 17. Infanterieregiment zu ersuchen. Weiter wurde beschlossen, eine Petition zu Gunsten der notleidenden Bevölkerung zu veranlassen.

Vereins-Kalender.

Gewerkschaftsbund. Dienstag, den 15. Oktober: Zentralverband der Schmiebe. Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Zimmer 2. Wichtige Tagesordnung. Mittwoch, den 16. Oktober: Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend. **Wittelnungen des Distrikts, und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:** Distrikts 8 und 9 (Oberthur). Mittwoch, den 16. Oktober: Komitierung bei Fiedis. **Obwiz.** Heute, Dienstag, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder in dem Saale des Herrn Krause. Die sehr wichtige Tagesordnung wird in der Besprechung bekannt gegeben. — Die Gesinnungen aller Genossen, auch der in der Umgegend vorhandenen, wird ersucht.

Die Ursachen der Kohlenknappheit.

Eine industrielle Firma des ober-schlesischen Bezirks hatte Mitte August dieses Jahres an die Handelskammer für den Regierungsbezirk Oppeln ein Schreiben gerichtet, in dem unter Hinweis auf den Umstand, daß die Industrie nur mit den allergeringsten Schwierigkeiten den allernötigsten Kohlenbedarf decken könne, während das Hinlegen von Reserveständen einfach nicht möglich sei, die Frage aufgeworfen, ob nicht zur Milderung der Not die Staatshilfe angerufen werden sollte.

Die Handelskammer von Oppeln hat dem Antragsteller am 7. Oktober einen Bescheid zutommen lassen, in dem sie unter Anführung eines reichen statistischen Materials und mit den schon früher häufig wiederholten Argumenten, die gegen jede staatliche Einmischung anzuführen sind, sich gegen den Vorbehalt ausspricht. Sie erkennt zwar die Annehmlichkeit für industrielle Betriebe, sich im Besitze eines Kohlenvorrates für längere Zeit hinaus zu wissen, durchaus an, glaubt aber nicht, daß die Unmöglichkeit, sich diesen Vorteil zu beschaffen, zu Maßnahmen Anlaß gebe, durch die das Interesse des Kohlenhandels möglicherweise schwer geschädigt würde. Die Handelskammer leugnet allerdings das Bestehen einer Kohlenknappheit nicht, glaubt aber, daß im allgemeinen Schwierigkeiten nur da eintreten sind, wo mit den Bestellungen lange zurückgehalten wurde, und dann plötzlich, als der erhoffte Preisrückgang nicht eintrat, mit starken Anforderungen herbeigereitet wurde, die nur langsam befriedigt werden konnten, da — wie zugegeben wird — freie Vorräte weder auf den Gruben noch bei den Kohlengroßhändlern vorhanden sind. Als eine der wesentlichsten Ursachen wird in dem Schreiben der Handelskammer der im ober-schlesischen Kohlenbergbau besonders stark bemerkbare Arbeitermangel hingestellt. Es steht fest, heißt es in dem Schreiben, daß in den letzten Monaten durchschnittlich bei den ober-schlesischen Gruben mehr als 15 Prozent der Belegschaft trotz Lohnsteigerung oder — deswegen fehlten; welchen erheblichen Förderausfall dies zu besorgen hat, liegt auf der Hand. — Die hier angebotene, immer wieder auftauchende Behauptung, daß die Förderung bei steigenden Löhnen durch die sogenannten Bummelschichten zurückgehe, ist übrigens in der großen Kartell-Denkschrift, die dem Reichstage vor einigen Monaten zugeht, zahlenmäßig widerlegt worden. Gegen Eingreifen des Staates, das die deutsche Kohlenindustrie einseitig würde, wendet sich die Handelskammer unter dem bekannten Hinweis darauf, daß in normalen Zeiten die deutsche Kohlenproduktion größer ist als der inländische Bedarf, und daß insbesondere das zwischen fremde Länder eingegangene Überschießen im allgemeinen auf die Ausfuhr angewiesen sei. Bei einer schließlich nur durch vorübergehende Umstände erzwungenen Ausfuhrbeschränkung würden aber die Länder, die jetzt von Ober-schlesien Kohlen beziehen, dazu übergehen, ihren Kohlenbedarf anderweitig zu decken. Die Frage der billigen Ausfuhrtarife spielt für Ober-schlesien im allgemeinen keine große Rolle. Es handelt sich im wesentlichen nur um geringe, kaum ins Gewicht fallende Ermäßigungen der Ausfuhrtarife für Ober-schlesien nach Böhmen und Mähren. Es sei aber sicher, daß in dem Augenblick, in dem Deutschland seine Kohlen nach Österreich exportieren würde, die österreichische Regierung ihren ermäßigten Exporttarif für böhmische Braunkohle künftigen würde, was für Mittel- und Süddeutschland von den verhängnisvollsten Folgen sein könnte. Es wird dann weiterhin die Behauptung bestritten, daß die Kohle nach dem Ausland billiger geliefert werde, als nach dem Inland. Das trifft für den Augenblick, in dem Kohlenknappheit herrscht, allerdings zu; dagegen wird es sich wohl nicht ernsthaft bestreiten lassen, daß sich in Zeiten des Kohlenüberschusses die Gruben den Export nach dem Auslande durch ein starkes Nachlassen der Preise in erhöhtem Maße gefährdet haben.

Es wird schließlich noch darauf hingewiesen, daß die ober-schlesische Kohle mit der englischen Kohle in Berlin wie in den Ostseehäfen infolge der billigen Wasserfrachten ohnehin einen schweren Kampf kämpfen müsse, dessen Schärfe durch staatliche Maßregeln, die eine Einfuhr fremder Kohle noch erleichtern, natürlich nur zunehmen könnte. Der Artikel schließt mit folgenden allgemeinen Betrachtungen:

„In einem guten Teil ist übrigens die herrschende Kohlenknappheit keine wirkliche, sondern nur eine eingeleitete. Die vielfach auf Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse zurückzuführenden Alarmnachrichten in leider sehr vielen Zeitungen haben in weite Kreise der Bevölkerung eine gewisse Unruhe getragen und eine Angst vor der Entstehung einer Koh-

lennot erzeugt. Dadurch haben sich zahlreiche Kohlenverbraucher dazu verleiten lassen, Bestellungen aufzugeben, die ihren wirklichen Bedarf weit übersteigen, in der Meinung, sich auf diese Weise wenigstens den Empfang des Nötigen zu sichern. Auch das vielfach aufstrebende Streben, sich möglichst große Kohlenreserven hinzulegen, muß die Verhärtung des Marktes ungünstig beeinflussen. Jeder will gerade jetzt in der Hochkonjunktur und aus Rücksicht auf die Vorräte hinlegen, an die er in dem Umfange früher nie gedacht hat und jeder läßt bei mehreren Lieferanten an. So verdoppeln und verdreifachen sich die Nachfragen um dasselbe Quantum und der „eine“ zeitlich sehr schwebende Waagon erscheint schließlich in vielfacher Gestalt. Daß dadurch die Schwierigkeiten nur erhöht werden, weil der Markt unübersichtlich wird, und daß solches Gebahren preisverwehrend wirken muß, ist selbstverständlich. Nicht dringend genug kann, endlich darauf gewarnt werden, sich von dem realen Kohlenhandel ab- und etwa dem sogenannten Wilden Kohlenhandel zuzuwenden. Es ist eine bekannte Erscheinung, daß jedesmal, wenn Kohle anfangs knapp zu werden, sich Leute, die sonst dem Geschäftsbetriebe oder doch wenigstens dem Kohlengeschäft gänzlich fern stehen, mit dem Kohlenhandel befaßen. Diese Leute suchen, wo sie nur können — insbesondere im sogenannten kumulativen Verlehn — Kohlen aufzukaufen, um sie dann möglichst teuer an den Mann zu bringen; sie sind es, die zum großen Teil die Verunreinigung in die Konsumzentren bringen. Die Kohlengruben unternehmen alles, was in ihrer Kraft steht, um diesen Verlehn zu unterdrücken, ohne daß es ihnen bedauerlicher Weise völlig gelingen kann. Für diejeniger Verbraucher aber, die sich ruhiges Blut bewahren und das Vertrauen zum realen Kohlenhandel nicht verlieren, liegt unter anderem kein Anlaß zu Besorgnissen vor.“

Diesen Verlegungen, die — soweit die Einschränkung der Kohlenausfuhr bekämpft wird — von uns unterschrieben werden können, haben wir hinzuzufügen: Daß in Ober-schlesien ein gewisser Arbeitermangel vorhanden ist, soll nicht bestritten werden. Dieser würde aber sehr bald zu beseitigen sein, wenn die Bergwerksverwaltungen bezw. die schwerkörperlichen Berg- und Hüttenherren den Arbeitern günstigere Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie eine anständige Behandlung angebotenen lassen würden. Wenn das aber nicht der Fall ist, erklärt sich der bestehende Arbeitermangel. Die sogenannten Bummelschichten sind schließlich auf dieselbe Ursache zurückzuführen; der schwerarbeitende Grubenarbeiter sehnt sich begreiflicherweise nach freien Tagen, die er der Erholung widmen kann. Je schlechter er nun aber behandelt wird, desto mehr sehnt er sich nach freien Stunden und Tagen, in denen er das mühselige Joch der Arbeit abschütteln kann. Eine Besserung wird erst dann eintreten, wenn die Unternehmer und Direktoren den Arbeitern, ihren Schatzgräbern, mehr Ruhe gönnen, als nur erreicht werden kann durch gute Löhne, Verfürzung der Arbeitszeit usw.

Mit großem Interesse haben wir dann eine Bemerkung im Bericht der Oppelner Handelskammer gelesen, daß nämlich die ober-schlesische Kohle nach dem Auslande billiger verkauft wird als im Inlande. Dieser Satz sollte den Produzenten und Konsumenten, als welche die Arbeiter doch anzupfeifen sind, viel zu denken geben. Der „Barrichismus“ der ober-schlesischen Grubenmagazinen zeigt sich dabei in einem eigentümlichen Lichte. Sie sagen sich aber: Was kümmern uns die vielen Millionen Arbeiter, deren Familien und deren Wohlergehen, die Hauptangelegenheit ist, daß die deutschen Kohlenverbraucher lüchlig herappen müssen, daß ihnen mehr Geld abgenommen wird, als dem Auslande. Wert Euch das, Ihr deutschen Arbeiter und Arbeiterfrauen!

Partei-Angelegenheiten.

Quittung.

Im Monat September gingen bei dem Unterzeichneten, folgende Parteibeiträge ein:

- Groß-Berlin a Konto seiner acht Wahlkreise 10,000. Berlinerdiverse Beiträge 450 Mk., Mitglieder des Verbandes deutscher Buchdrucker im Vorwärts 150.—, Bromberg, „Arbeitersekretariat“ 2.—, Borna, 14. sächs. Reichstagswahlkr. 200.—, Bernburg, Beitrag für 2. Quart. 07 96.58. Weig-Ramsdorf, 2. Quart. 07 35.40. Bern 50.—, Chemnitz, Brutus 1.—, Dresden, „aus Unverständnis und Posseit“ 2 Raten 2.—, Dessau, Wahlkreis Anhalt I, 3. Quart. 1907 100.—, Falkenberg (Ober-schlesien) 2.—, Friedau, 2. 5.—, Hamburg, Ueberichs und „Hamburger Echo“-Vertrieb 25,000.—, Hamburg, eingegangen in der Expedition des „Hamburger Echo“ 52.30. Köln a. Rh., Reg. W. 20.—, Siegen-Goldberg-Hagenau, 1. Halbjahr 07 86.74. Lindenwalde, Rufus 5.—, Umbach i. S., Beitrag des sozialdemokr. Kreisvereins f. d. 15. sächs. Reichstags-

- Wahlkreis 400.—, Umbach i. S., von B. L. 20.— u. 30.—, Sa. 50.—, Meiningen, 2. Quart. 07 durch S. in D. 200.—, Rimbarg, Gau Nordbavern: Wahlkr. Regensburg 18.66; Wahlkr. Umbach 4.17; Wahlkr. Neumarkt 1.28; Wahlkr. Hochheim-Kulmbach 65.79; Wahlkr. Kronach-Richtenfels 82.48; Wahlkr. Bamberg 48.20; Wahlkreis Ansbach-Schwabach 191.06; Wahlkreis Eichstätt 14.64; Wahlkr. Dinkelsbühl 13.98; Wahlkreis Rittingen 12.89; Wahlkr. Wahlkreis Schweinfurt 53.79; Wahlkr. Würzburg 60.12. Oldenburg-Vinneberg, Zentralverein für den O. sch.-holst. Wahlkreis 1541.—, Oberstein a. N., Parteibeitrag f. 2. Quart. 07 21.64. Stuttgart, G. U. 10.—, Schwab-Pall, Beitrag d. 11. württemb. Wahlkr. 64.48. Straßburg i. Els., Beitr. f. d. Geschäftsjahr 1906/07 257.40. Saarbrücken, Beitr. d. sozialdemokratischen Vereins f. d. Saargebiet 25.—, Wetzlar, Kreiswahlverein Wetzlar-Epandau-Osbavelland v. 4. Quart. 06 bis inkl. 3. Quart. 07 627.36. Wittenberg-Schweinitz, Beitrag des Wahlkr. f. 1906/07 50.—.

W. in. den 11. Oktober 1907. Für den Partei-Vorstand: Albin Gerich, Berlin SW. 68. Lindenstr. 69.

Zur Königsberger Majestätsbeleidigungssaktion berichtet unser Königsberger Parteiblatt: Die Verfolgung unserer Presse nimmt — dank der „historischen Tätigkeit der Parteigenossen“ — einen noch größeren Umfang an, als wir gestern angaben. Angeklagt ist außer dem Denkmal-Artikel in der „Königsberger Volkszeitung“ auch noch der im „Landboten“ für den Genosse W. a. l. d. verantwortlich ist. In beiden Artikeln soll sich eine Majestätsbeleidigung befinden, in dem Artikel in der „Volksztg.“ auch noch eine Beleidigung des Denkmalkomitees.

Die sozialdemokratischen Frauen Berlins nahmen in einer Verammlung den Bericht ihrer Delegierten über den 8. Oktober Parteitag entgegen. Zu dem außerordentlichen Frauenvorstand, der sich mit der Dienstofffrage zu beschäftigen hat, wurde Frau Dr. Weik als Delegierte gewählt. Die Verammlung nahm ferner die folgenden Entwürfe zum preussischen Parteitag an:

Der zweite preussische Parteitag möge beschließen: In den Gemeindevertretungen sind durch unsere Genossen unterzögliche Anträge zu stellen zur Errichtung von Kruppen- und Kinderärzten durch die Gemeinden. Die Genossen und Genossinnen werden aufgefordert, in eine rege Agitation hierfür einzutreten.

Zu den Gemeindevertretungen ist das allgemeine, gleiche und direkte Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe auch für die Frauen zu fordern.

Ferner fordern wir, daß die Genossen in den Stadtvormannschaften schon jetzt mit allem Nachdruck eintreten, für die Heraushebung von Frauen zu öffentlichen Ämtern.

Bei den bevorstehenden Kämpfen für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahl- und Stimmrecht für den preussischen Landtag ist auch das Frauenwahl- und -Stimmrecht zu fordern und mit allem Nachdruck in der Agitation zu vertreten. Die Genossinnen haben sich mit voller Kraftentfaltung an diesen Aktionen zu beteiligen.

Arbeiterbewegung.

Gewerkschaftliche Kämpfe im zweiten Quartal 1907. Nach den schon veröffentlichten vorläufigen Zahlen ist das zweite Quartal 1907 für die Gewerkschaften ein an Kämpfen sehr reiches gewesen. Während von Januar bis April 248 Streiks mit ausbrachen, 293 beendet wurden, betragen die entsprechenden Zahlen April bis Juli 642 bzw. 761. Entsprechend ist die Zahl der Auspersperungen gestiegen. Im zweiten Quartal brachen neu aus 65 und wurden beendet 129. Am heftigsten wurde das Baugewerbe von Arbeitskämpfen in Mitleidenhaft gezogen, 243 Streiks und Auspersperungen brachen neu aus, 269 wurden beendet. Die Höchstzahl der gleichzeitig beteiligten Arbeiter betrug 19,147. Die 761 beendeten Streiks zählten sich insgesamt auf 5762 Betriebe (1. Quartal 1026), von denen 1585 (27%) völlig still gelegt wurden. Die Höchstzahl der gleichzeitig streikenden Arbeiter betrug 60,778 (19,564), die der arbeitslosen Arbeiter 2945 (1408). Während im Anfang des Jahres 1907 die Mehrzahl der Streiks erfolglos verlief, war sie vom Herbst ab von teilweise Erfolg (in 820 Fällen) begleitet. 160 Streiks hatten vollen, 281 keinen Erfolg. Die 120 Auspersperungen betrafen 2814 (245) Betriebe von denen 843 (18) völlig zum Stillstand kamen. Die Höchstzahl der Ausgesperrten betrug 33,549 (4249), die gewonnenen Arbeiter 415 (22).

Inzwischen sind eine Reihe von Lohnkämpfen beigelegt worden. Durch Vergleich beendet ist der Streik der Sittlicher Konfektionsarbeiter, womit auch die von den Unternehmern in Szene gesetzte Auspersperung aufgehoben wurde. Es soll nunmehr ein neuer Lohnvertrag beraten und sofort in die Verhandlungen dazu eingetreten werden. Auch der Streik des Schleppdampferpersonals in Hamburg

Josefstadt wird in allen Kreisen der Bevölkerung unumwunden anerkannt werden.

Ablasskauf. Der selige Teufel ist zwar tot, aber sein Ablasskaufgeschäft wird von einem Nachfolger in möglicher Form weiterbetrieben. Mit dem einzigen Unterschied vielleicht, daß die Preise heute — wohl wegen der geringen Nachfrage — bedeutend gesunken sind. Der Zufall brachte, der Wiener „Fr. Ztg.“ zufolge, vor einigen Tagen die letzte Nummer der katholischen Monatszeitschrift „Sankt Bonifazius“ in die Hände, die mit oberflüchlicher Genehmigung vom Aktionskomitee der Bonifaziusorden der Diözese herausgegeben und von dem berühmten Vater Alban Schachtler O. S. Ben. „redigiert“ wird. „Ein großes Gnadengeschenk für Alle in Meinungsstreu (unverwundbar) können alle am Ablasskauf gewinnen, wenn sie eine Benefizien-Jubiläumsmesse von Konzelebration bei sich tragen. Die Benefizien-Jubiläumsmessen können in der Geschäftsstelle ... bezogen werden.“ Rengierig, wie hoch der Ablass brutalaug noch im Preise steht, wendet ich mich an die „Geschäftsstelle“ und Vater Alban O. S. Ben. was so liebendwürdig, meine Frage selbst zu beantworten. Jesen, die es eine Preisbeziehung auf alle Gebieten glauben, sei nun vertrauensvoll mitgeteilt, daß der Ablass — billiger geworden ist. Er kostet heute nur mehr sage und schreibe 2 Sch. Heller. Dies nämlich der Preis jener Ablassbräutigamen Benefizien-Jubiläumsmessen, von denen das Duzend etwa um einen Kreuzer bezugslos sein wird. Also tamquam ein noch ganz profitables Geschäft für die Kirche, wenn man den voranschreitenden Massenstrom in Beschäftigung zieht. Es gibt ja — die römische Kirche muß es dankbar anerkennen — welche, die nie alle werden ...

Für Schmierfinken. Diese armeleiche Verzückung trägt ein Schild im Toilettenraum eines großen Restaurants in Groß-Richterfelde. Daneben hängt eine Schiefertafel mit einem Stifte. Die Anwesenheit, die Wände in den Bedienungskaisern mit Stiften zu versehen, hat dem Wirt die originale Idee eingegeben, die Bedienung Angehörigkeiten lächerlich zu machen. Er hat den Erfolg für sich, denn nach dem Ausgehen der Schiefertafel sind die Wände der Bedienungskaisern von obönen Bildern und Sprüchen verschönt geblieben.

Amerikanische Städtenamen. Wenn jemand nach der politischen Zugehörigkeit irgend einer Stadt gefragt wird, so müht er sich oft vergeblich, das betreffende Land anzugeben, welches diese Stadt birgt. Das Journal des „Debat“ gibt allen so Befragten, namentlich den Kandidaten, die sich einer Prüfung unterziehen, den Rat, statt sich mit peinlichen Nachforschungen und lächerlichen, ungeschicklichen Erklärungen abzugeben, einfach zu antworten: „In Amerika“. Die Amerikaner haben nämlich für ihre Städte alle Namen der alten Welt bewahrt. Kom-

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Opfer wissenschaftlichen Fortschritts. In Brüssel ist der bekannte Krebsforscher Dr. Requette an Krebskopfschmerzen gestorben, den er sich durch Anstrengung zugezogen hatte. Der Verstorbenen hatte vor anderthalb Jahren schon seinen verdienten Mitarbeiter Dr. Jacobs durch den Tod ebenfalls infolge Krebsansteckung verloren.

Aus aller Welt.

Ein Narkotikum. Ein gut aufgelegter juristischer Leser schreibt der „Frankf. Ztg.“: Das Reichsgericht hat mit der Verteilung Dr. Liebnichts ein Mittel gefunden, auch die künftigen Reichstagswahlen ein wenig im nationalen Sinne zu korrigieren. Ein streblamer Staatsanwalt braucht nur gegen die ganze sozialdemokratische Partei die Anklage wegen hypothetischen Hochverrats zu erheben, das Reichsgericht verurteilt sämtliche Mitglieder der Partei zu anderthalb Jahren Festung, man läßt die Strafe kurz vor den Neuwahlen antreten — im Notfall mögen die Passeren als „Festungsdienende“ — und dann wird gewählt. So schaltet man die bösen Kräfte vollkommene aus der Wählerliste aus und sie sind, was alle gutgläubigen Leute längst anstreben, nur noch „Objekte der Götzebeugung“. — Für die Mitteilung meines Vorworts danke ich vorhin Ein reichstreuere Jurist.

Wie die Justiz konstant sein kann. Sie bleibt sich überall gleich, haben und drücken. Heute lesen wir in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“: Wer einmal im Bezirksgericht zu tun gehabt, kennt die kurzen, im Sandumdrehen erledigten Verhandlungen gegen schnellfahrende Kutschler. Das ist immer wieder dasselbe Bild: Ein gelangweilter Richter, ein aufgeregter Kutscher, ein aus dem Gedächtnis mit erlaunlicher Sicherheit ausagender Zeuge und im „Hundsbubri“ hat der Richter schon das Dazett aufgeschrien, das Urteil verkündet, begründet und den nächsten Angeklagten, während der eben Verkürzte noch brummt oder gar aufhaut, schon betretreten lassen. Ohne Zererei ist so ein Strafverfahren in fünf Minuten fabriziert. Es ist auch Fabriktware. ... Zuweilen geht es freilich langsamer, feinerher, behutsamer zu. Wenn nämlich der Schnellfahrer ein Auto ist und der Zeuge ein Automobilist heißt. Am 25. Juli ist der Herr Baron „aufgeschriebe“ worden. In diesem Tage ist er nämlich mit seinem Automobil in einen Kanal hineingerast. Der Herr im Fiator war empört, erzürlet und tief spornreich zum nächsten Nachmann, um den Automobilfahrer der verdienten Strafe zuzuführen. Das ist im gewöhnlichen Leben eine laubbare Verurteilung. Ein Herr im

Fiator, der einen Schnellfahrer angibt, das bedeutet, wenn der Angehaltene eine ordinäre Kutscherschele ist, unbedingt eine Arreststrafe. Dieser Schnellfahrer war ein Kutschl. Kein Wunder, daß nach Feststellung des Nationalrats nicht der Angezeigte, wohl aber der Anzeiger zu beben begann. Der Herr im Fiator war ein Hofkapezierer, Herr Siegmund Jaray, und die Herrin Kutschl wintende Strafe erzeugte bei dem eben noch lächerlich-schönen f. l. Hoflieferanten heftiges Bauchgrimmen. Man arbeitet doch für die höchsten Kreise, man ist stets als coulant, stets entgegenkommender Geschäftsmann bekannt! Es wird immerhin einige Schwierigkeiten kosten, den eben angezeigten Automobilfahrer in öffentlicher Gerichtsverhandlung wider mühsam zu entlasten. Aber Gott steht den Hoflieferanten bei! Es wurde wohl eine Verhandlung gegen den jungen Freiherrn aus der Millionärswelt anberaumt, aber noch ehe sie abgehalten wurde, ward die Strafe verjagt. Grund: Einleitung von Vorverhandlungen. ... Einmal sollte das irgend einem Durchschnittschnellfahrer aus dem Kutschstande passieren! Die, deren Prozess fünf Minuten dauern, die deren Verurteilungen fabrikmäßig erzeugt werden, spitzten die Ohren, höchst neugierig auf die endlich doch nicht mehr zu verschleppende Verhandlung. Diese ordinären Duzendangeklagten warteten. Aber die Justiz verfährt wider Schnellfahrer aus dem Freiherrnstand nicht so schnell wie gegen simple Kutscher im Tagelohn. Woche über Woche wurde nun „vorverhandelt“ und jetzt hat das Bezirksgericht Josefstadt das Strafverfahren gegen Baron Kutschl kurzweg eingestellt. Ohne Verhandlung! In den „Vorverhandlungen“, die nach der Namensentheilung des Schnellfahrers erhoben wurden, hat Herr Siegmund Jaray, der als coulant und entgegenkommender Geschäftsmann auf dem hiesigen Platze bekannt ist, festgestellt, daß Baron Kutschl auf dem Zusammenstoß unschuldig sei. Der Referent des Hofes (und hoffentlich auch der Finanzwelt) erinnerte sich jetzt, daß seine Anzeige grundlos und bloß in der ersten Aufregung erliefert worden sei. Herr Jaray erklärte ausdrücklich, daß seine körperliche Sicherheit bei jenem Zusammenstoß nicht gefährdet gewesen sei. (Wir wollen sogar hoffen, daß sich Herr Siegmund Jaray seit jenem gesunden Zusammenstoß noch wohler fühlt als bisher.) Das l. l. Bezirksgericht Josefstadt, dessen Leiter der Herr Landesgerichtsrat Weiblich ist, schloß sich dieser coulantem Erklärung in ebenso coulanter Weise an. Er ordnete nicht einmal eine Verhandlung an (in der die plötzliche Coullance des Anzeigers immerhin vor der Öffentlichkeit hätte motiviert werden müssen), sondern stellte das Verfahren einfach ein. Man wollte den anfangs so deutlich, später so unendlich beschuldigten nicht einmal der Höhe eines öffentlichen Verfahrens preisgeben. Ganz in der Stille, in der Abwesenheit einer Gerichtskanzlei, wurde der Prozess ausgesetzt. Die außerordentliche Coullance des l. l. Bezirksgerichts

Fasen wurde beigelöst, ohne dass die beteiligten Arbeiter, welche nur Inaktorgang sind, einen nennenswerten Vorteil erzielten. Damit ist den Arbeitern die Unzulänglichkeit dieser Organisationsform sehr drastisch vor Augen gefasst und dürfte die erhaltene Lehre wohl zu ihrem Anchluss an die Zentralverbände der Holzarbeiter, und der Maschinen- und Decker führen.

Positive Erfolge des Metallarbeiterverbandes. Die Metallarbeitervereine veröffentlichen in letzter Nummer eine Uebersicht über die Lohnbewegungen des Verbandes im ersten Halbjahr 1907. Es wurden nicht weniger denn 524 Lohnbewegungen durchgeführt, an denen 3172 Betriebe mit 81,000 Personen beteiligt waren. Von den letzteren waren 55,631 oder 68 Prozent im Metallarbeiter-Verbande organisiert. Der überwiegende Teil der Bewegungen wurde auf rechtlichem Wege durchgeführt, was als Beweis dafür dienen möge, dass es eine große Unwahrscheinlichkeit ist, wenn behauptet wird, die freien Gewerkschaften hätten die Arbeiter bei jeder Gelegenheit in den Streik. Der Gesamterfolg, soweit er sich in Zahlen ausdrücken lässt, ist folgender: 22,626 Arbeiter erzielten eine Arbeitszeitverlängerung von 3,1 Wochenstunden, zusammen 71.277 Stunden pro Woche. 36,885 Arbeiter erzielten Lohnerböhrungen in durchschnittlicher Höhe von 1,50 Mark pro Woche. Der wöchentliche Gesamtertrag der Lohnerböhrungen beträgt 55,341 Mark. Für 12,039 Arbeiter wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen oder erneuert. Für 14,318 Arbeiter wurde eine Regelung der Arbeitszeit erzielt. Für 2608 Arbeiter wurde die Beseitigung von Mängeln erreicht. 29,275 Arbeiter erzielten Prozente für Ueberstunden und für 24,261 Arbeiter wurden sonstige Vorteile erzielt.

Bei den Lohnbewegungen wurde für 1598 Arbeiter eine Arbeitszeitverlängerung von durchschnittlich 3,4 Wochenstunden und eine Lohnvermehrung für 756 Arbeiter von durchschnittlich 2,40 Mark pro Woche abgewehrt. Ingesamt wurde eine Arbeitszeitverlängerung von 5475 Stunden und eine Lohnvermehrung von 1890 Mark pro Woche abgewehrt. Außerdem für 39 Arbeiter Fragestellung, für 45 Arbeiter die nicht beabsichtigte Arbeitszeit, für 952 Arbeiter schlechte Behandlung und 1864 Arbeiter sonstige Verschlechterungen.

Die Arbeitskosten belaufen sich auf 1,034,000 Mark, wovon aber 330,000 Mark allein für Ausperrungen ausgegeben werden mussten, jedoch für eigentliche Lohnbewegungen nur 704,000 Mark erforderlich waren. Nicht man allein die mehr erzielte Lohnsumme in Höhe von 2,656,000 Mark pro Jahr in Betracht, sondern die Kosten der Kämpfe gar nicht viel belagen.

Alles in allem genommen kann der Metallarbeiter-Verband mit Stolz auf die erzielten Erfolge zurückblicken. Sie zeigen mit aller Deutlichkeit, was eine aktionsfähige Gewerkschaft zu leisten vermag.

Andererseits muß es aber auch als eine Kritik bezeichnet werden, wenn von den Gegnern, speziell von den Christlich-Sozialen und christlichen Gewerkschaften behauptet wird, daß der Metallarbeiter-Verband für seine Mitglieder nichts tue. Die vorliegenden Zahlen beweisen das Gegenteil.

Der Deutsche Holzarbeiterverband im Jahre 1906. Der Deutsche Holzarbeiterverband hat in diesem Jahre erstmalig ein fast 300 Seiten starkes Jahrbuch herausgegeben, das uns dieser Tage vorgelegen ist. In demselben wird ziffernmäßig die enorme Arbeit nachgewiesen, die im Interesse der Holzarbeiter geleistet worden ist. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist im Jahre 1906 von 130,141 auf 151,717 gestiegen; dieselbe vermehrte sich also um 16,6 Prozent, darunter sind 3550 weibliche und 42 jugendliche Mitglieder. Zahlstellen waren am Schlusse des Jahres 7670, 53 mehr als im Vorjahre, vorhanden. — Die Gesamteinnahmen betragen 2.983.361,74 M., die Ausgaben 2.888.789,54 M., das macht im Durchschnitt pro Kopf der Mitglieder 20,37 resp. 19,73 M. aus. Die Ausgaben für Streikunterstützung betragen gegen das Vorjahr 506.363 M., mehr, nämlich 1.267.259 M., eine Folge der schweren wirtschaftlichen Kämpfe, die der Verband zu führen hatte. In Gesamtergebnis-Unterstützung wurden 41.042 M., an Arbeitslosen- und Heilunterstützung 435.789 M. und an diversen anderen Unterstützungen 26.106 M. gezahlt. Für das Jahr 1907 verblieb ein Bestand von 1.197.654 M. — Lohnbewegungen wurden insgesamt 1236 durchgeführt, an denen 68.938 Personen beteiligt waren. Davon waren 374 Angriffstreiks, 187 Abwehrstreiks und 76 Ausperrungen. In 599 Fällen fand keine Arbeitsniederlegung statt. Wie konstatiert wird, sind diese Bewegungen in ständiger Zunahme begriffen. — Die Zahl der Arbeitslosen hat sich nicht nur absolut, sondern auch relativ vermehrt. Der ungünstigste Monat war der Dezember, der durchschnittliche der August. Die absolute Durchschnittszahl der Arbeitslosen betrug auf den Tag 2312, auf den Monat 8420 oder 5,75 Prozent.

Der Zöpperstreik in Berlin dauert fort. Die Unternehmer scheinen sich auf den Kampf vorbereitet zu haben und wenden jetzt alle Mittel an, um ihr Ziel, die Verschlechterung der Lohnverhältnisse, zu erreichen. Auch mit den Kachschiffanten haben sie sich zu diesem Zweck in Verbindung gesetzt und, wie verlautet, ist dieser Tage bei einer Besprechung mit den Meißener und Beltener Fabrikanten von einer allgemeinen Ausperrung die Rede gewesen. In Belten ist den Kachschiffanten bereits in 16 Fabriken gekündigt worden. Diese Arbeiter sollen also

erst einmal ohne Löhne das die Meißener Werk in sich keine unerschütterlichen Lohnverabredungen gefaßt lassen wollen. Die Gewerkschaft ist natürlich auch nicht unvorbereitet in den Kampf gezogen. Wartet man doch nach der Rücknahme des Tarifs durch die Unternehmer, nach Vorlegung ihres Tarifentwurfs mit Lohnherabsetzungen um 40 Prozent, sowie aus der Verkleinerung der Tarifverhandlungen nur zu gut, daß die Unternehmer eine friedliche Einigung nicht wollten. Der Kampf wird denn auch von der Gewerkschaft mit voller Kraft durchgeführt.

Unternehmerstreikverband. Ein neuer Arbeitgeber-Verband in der Gelbmehlmühlindustrie hat sich gebildet. Die Maschinenfabrikanten in Deutschland haben beschlossen, einen solchen Verband zu gründen. Er führt den Namen Schutzverband der Maschinenfabrikanten Deutschlands. Sein Hauptzweck ist, die „Aberteilungen“ Forderungen seiner im Metallarbeiter-Verbande organisierten Arbeiter zurückzuweisen. Die böhmisches Maschinenfabrikanten haben ihre Sympathie auf dieser Verbindung ausgesprochen und sind wesentlich bereit, diesem Verbande beizutreten.

Der Kupferschmiedeverband ist mit dem 1. Oktober von Hamburg nach Berlin übergeleitet; auch das Verbandsorgan „Der Kupferschmied“ wird am neuen Sitze des Verbandes erscheinen, nachdem er fast 22 Jahre in Hamburg für die Interessen des Verbandes wirkte.

Der Ausschuss der Bediensteten in den Berliner Warenhäusern Jandorf und Kaufhaus des Westens gilt für beendet, da alle vakanten Stellen, Hausdiener, Bader, Radfahrer und Chauffeure neu besetzt sind.

Uhrmacherstreik in Helsingfors. In der finnischen Hauptstadt ist eine Arbeitergruppe in den Streik getreten, die bisher in Finnland, wie in den meisten anderen Ländern, der Arbeiterbewegung fernstand, die Uhrmacherstreik. Sie fordern vor allem Lohnerböhrung, dann aber auch die Beschränkung der Lehrlingszahl. Die Prinzipale haben die Forderungen rundweg abgelehnt und suchen nun Streikbrecher heranzuziehen.

Ein Sieg der Pariser Kohlenträger. Dreitausend Kohlenträger nahmen die Arbeit am Freitag wieder auf. Nachdem ihnen von den Unternehmern eine Lohnaufbesserung zugesprochen worden ist.

Der brohende Streik der englischen Eisenbahner. Der Präsident des Verbandes der Eisenbahngesellschaften, Bell, macht bekannt, daß die Eisenbahngesellschaften den Brief des Verbandes, in dem gebeten wurde, daß die Gesellschaften in ihrer Konferenz die Frage der Anerkennung des Verbandes erörtern möchten, ablehnend beantwortet haben. In der Antwort der Eisenbahngesellschaften auf den Brief des Präsidenten des Verbandes der Eisenbahngesellschaften heißt es: Die Gesellschaften seien außer Stande, Bells Vorschlag anzunehmen, demzufolge Vertreter der Vereinigungen der Eisenbahndirektoren bestimmt werden sollen, um mit der gleichen Anzahl von Vertretern des Arbeiterkomitees zusammenzukommen, über die Forderungen der Arbeiter zu beraten. Selbst wenn die Direktoren eine solche Zusammenkunft für wünschenswert hielten, könnten sie dennoch mit Rücksicht auf die ihnen obliegenden dienstlichen Verpflichtungen in Angelegenheiten, welche die Vereinigungen der einzelnen Gesellschaften zu ihrem eigenen Personal betreffen, nicht handelnd eingreifen.

Diese ägernde Haltung der Eisenbahngesellschaften verursacht große Aufregung unter den Angestellten und ein Streik erscheint unvermeidlich.

Der Abgeordnete Bell, der Vorsitzende des Eisenbahner-Verbandes, erklärte unter Hinweis auf das Schreiben der Eisenbahngesellschaft, in dem diese eine Anerkennung des Verbandes ablehnt, daß er hierüber nicht verwundert sei. Er werde weitere Mitteilungen in einem am Mittwoch stattfindenden Meeting machen. Der Abgeordnete meinte, er halte eine Einberufung einer Spezialtagung des Parlaments für notwendig, damit man sich darüber schlüssig werde, ob nicht ein Schiedsgerichtsbefehl zu ergreifen sei für den Fall von Meinungsverschiedenheiten zwischen der Eisenbahngesellschaft und ihren Angestellten am Platz wäre.

Die Eisenbahn-Telegraphisten zu New York beschloffen mit wenigen Ausnahmen allenfalls die Fortsetzung des Ausstandes. Der Präsident des Telegraphisten-Verbandes, Small, wird als Vertreter bezeichnet und seines Amtes enthoben.

Die englischen Streiks und Ausperrungen im Jahre 1906. Der Bericht über Streiks, Ausperrungen und Schiedsgerichte im Jahre 1906 wurde dieser Tage veröffentlicht. Im Vergleich mit den Jahren 1903 bis 1905 zeigte das Berichtsjahr eine größere Zahl von gewerblichen Konflikten und beteiligten Personen. Folgende Tabelle gibt für die letzten fünf Jahre die Zahl der Konflikte, die in jedem dieser Jahre begannen, die Zahl der Arbeiter, die von den Konflikten betroffen wurden und die Gesamtdauer der Konflikte.

Jahr	Zahl der Konflikte	Zahl der betroffenen Arbeiter		insges.	Dauer der Konflikte in Arbeitstagen
		direkt	indirekt		
1902	442	116,824	139,843	256,667	3,479,255
1903	387	93,515	23,386	116,901	2,338,668
1904	355	58,390	30,828	89,208	1,484,220
1905	353	67,653	25,850	93,503	2,470,189
1906	486	157,872	59,901	217,773	3,028,816

Die größte Zahl der betroffenen Arbeiter lieferte die Bergbauindustrie; im Jahre 1906 war auch die Zahl der betroffenen Textilarbeiter, Mechaniker und Schiffsbauer, erheblich. Eine bedeutende Zahl der durch Konflikte betroffenen Arbeitstage kam in den letzten Jahren auf die Konfektionsindustrie in New-London. Die weitestgehende Zahl der Konflikte wurde durch direkte Unterhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erreicht. Im Jahre 1906 wurden 70 Prozent der Konflikte auf diese Weise erledigt. Durch Ausgleichs- und Schiedsgerichte wurden nur sehr wenige Konflikte erledigt, nämlich: im Jahre 1902: 27; 1903: 29; 1904: 28; 1905: 25; 1906: 46. In Konflikten, die Lohnfragen betrafen, waren im Berichtsjahre die Unternehmer erfolgreich, denn nur sieben Prozent der direkt betroffenen Arbeiter legten ihre Forderungen durch, während 35 Prozent unterlagen und 46 Prozent auf Kompromisse eingingen. In Fragen der Arbeitszeit kam es zum größten Teile zu Kompromissen.

Dreslauer Nachrichten.
Dreslau, den 16. Oktober 1907.
Geschichtskalender
15. Oktober.
1805 Der Maler Wilhelm von Kaulbach in Arolsen.
1814 Der russische Dichter Michael Jurjewitsch Lermontow in Moskau.
1817 Kosjuszko, polnischer Freiheitskämpfer.
1822 Der Dichter Alfred Meißner in Teplitz.
1844 Der Philosoph Friedrich Nietzsche in Wädens bei Aigen.
1852 Der Turner Friedrich Ludwig Zahn in Freiburg a. U.

*** Die Sonntagsruhe der Handels- und Transportarbeiter** und der Magistrate. Wir berichteten vor einiger Zeit, daß die im Handels- und Transportarbeiterverbände organisierten Hausdiener und Bader unter dem 12. Dezember 1906 an den Magistrat eine Petition auf Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe gerichtet haben. Da bis Ende September eine Antwort vom Magistrat nicht eingegangen war, richteten die Petenten am 5. Oktober abermals ein Schreiben an den Magistrat, in dem sie um mehrbaldige Erledigung der Sache im Sinne ihrer Petition nachsuchten und zugleich baten, da sie privatim erfahren hätten, der Magistrat habe ein Gutachten der Handelskammer einzuholen beschlossen, es möge diesem Gutachten keine Beachtung geschenkt werden, denn die Kammer sei als die reaktionärste von ganz Deutschland bekannt, ihr Gutachten werde daher zweifellos ablehnend ausfallen. Daß die völlige Sonntagsruhe möglich sei, das bewiesen eine ganze Anzahl deutscher Städte. Auch für die Handelsangeestellten dürfte der zutreffende Anspruch des Oberbürgermeisters Dr. Bender in einer Stadtverordnetenversammlung zu Recht bestehen, daß vielen Menschen der Sonntag ein besonderer Feiertag ist.

Darauf ist nun endlich vom Magistrat eine Antwort eingegangen. Es wird mitgeteilt, daß die Petition der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnisnahme übermittelt worden sei und daß man tatsächlich die Handelskammer um ein Gutachten darüber angegangen sei, ob die Beschränkung oder Unterlagung der Sonntagsarbeit durch Ortsstatut gemäß § 105b der Gewerbeordnung angezigt ist. Das Gutachten ist am 10. Mai erfolgt. Wie es ausgefallen ist, verweigert das Magistratsschreiben, aber das ist wohl nur ein Beweis dafür, wie recht die Handels- und Transportarbeiter in ihrem letzten Schreiben hatten, wenn sie um Nichtbeachtung des Gesuchs baten. Ohne Zweifel hat die Handelskammer eine Ausdehnung der Sonntagsruhe nach dem Muster anderer und größerer Handelsplätze für Breslau nicht für „angezigt“ erachtet.

Der Magistrat hat deshalb noch vom Ausschuss des hiesigen Kaufmannsgerichts, in dieser höchst wichtigen und bedeutungsvollen Angelegenheit, ein Gutachten eingefordert; es sei in Kürze zu erwarten. Nun fällt uns hierbei eines auf. Das vorläufige Ergebnis seiner Beratungen hatte der Ausschuss im „Gemeindeblatt“ vom 15. Juni veröffentlicht. Danach war beschlossen worden, zur eingehenden Prüfung der Angelegenheit eine aus dem Vorsitzenden des Gerichts, sowie drei Prinzipalen und 3 Gehilfen bestehende Kommission einzusetzen, welche die Angelegenheit einer eingehenden Prüfung

ist nicht nur die klassische Hauptstadt eines zerfallenen Weltreiches und der jetzige Wohnort eines Königs und eines Papstes, sondern es liegt ebenso gut in Amerika wie Lyon, Versailles, London, Moskau, Braunschweig und tausend andere europäische Städteberühmtheiten. Paris findet sich in der neuen Welt allein ein- und zwanzigmal. Aber so reich die geographische Quelle ist, mit deren Wasser diese Städte getauft wurden, sie würde nicht ausgerichtet haben, all den zahllosen Städten des Columbus-Erdteils einen Namen zu geben. Die Amerikaner mußten auch an anderen Stellen suchen und haben überall geschöpft. In dem alten Testament, in der Geschichte, in den Alphabeten aller Sprachen, in allen Lexika und in allen Literaturen. Wir finden die Städte Phi, Zeta und Epsilon, 22 heißen Alpha, 15 Omega. Aus der Bibel hat man Bethlehem, Sericho, Hebron, Kofes, Abner, Salomon und nicht allein Adam und Eva, sondern mehr als ein Duzend „Paradiese“ entnommen. Der Göttermythos hat Vulkan, Jupiter, Diana, Isis, Isis, Osiris und Freya, die lateinische Sprache Optimus, Kratiger, Sabona, Vox, Miles und viele andere geliefert. Prosperität, Comfort, Protection, Hope, Love, Friendship haben sich als blühende Städte im Lande niedergelassen; alle menschlichen Eigenschaften und Tugenden dienen dem Amerikaner als Wohnort. Wohnt man auch nicht im Geiste eines Homer, Shakespeare, Schiller, so doch in ihrem Namen. Romulus, Koojowelt, Zerres, Kamfen, Ophens, Wagner und Patti, alle Dichter, Künstler, Staatsmänner, Gelehrten und Philosophen finden sich in ansehnlichen Höhenkomplexen wieder. Monroe, wonach die belagerte Daktra heißt, gibt es 28, Franklin 33, Lincoln 31, Cleveland 30, Delaware, Michigan, Deonotowoc und Minnetonka sind schon bedeutend jetziger. Die Irishmilit hat Wilson, Willard usw. geliefert, die Finanz Gold, Silber, Dollar und Money. Eine Stadt nennt sich „Ca ira“, eine andere „Goodnight“, eine dritte „Abidun“. Welche Schwärzearten es selbst für die vom 10. erstündungsreichen Amerikaner macht, ihren Städten eine Benennung zu geben, wird man begreifen, wenn man bedenkt, wie schwer es für den Europäer ist, für seine zwei oder drei Kinder einen Namen zu finden.

Kleine Chronik. Eine Fleischvergiftung beschäufte in Berlin wieder die Redden. Die Frau des Malchmenseiners Babbe in der Kameramstraße bedachte am Sonntag ihre Schwiegermutter in der Lindenstraße. Diese gab ihr eine Gänsebrust mit, die sie bei dem Gemütschneider Wilhelm Gildemeister im selben Hause gekauft hatte. Sie und ihre beiden Söhne und vier Jahre alten Tochter erkrankten gestern Mittag unter dem Zeichen einer schweren Vergiftung nach dem Genuß dieser Gänsebrust. Gildemeister will die Gänse am Dienstag voriger Woche auf einer Ferkel in der Nachhalle als gesund gekauft haben. Angewesen sollen noch fünf Personen nach dem Genuß von Gänsefleisch, daß sie von Gildemeister

bezogen haben, erkrankt sein. — In Bant in Oberrhein verhielten fünf Personen die Gasanstalt in die Luft zu sprengen, konnten aber vorher verhaftet werden. — Der Luftballon „Kamun“, gegenwärtig der größte der Welt, war vom Kristallpalast in London aufgestiegen, um den Rekord für weite Fahrt zu schlagen. Er passierte dicht über dem Meer schwebend Skager und landete bei Amal am Wenersee. Die drei aufsteigenden Personen hatten vorher den Korb durch Herablassen am Schlepptau verlassen. Der Korb ist stark beschädigt. — Wie aus Barcelona gemeldet wird, überrannte der Dampfer „Bellva“ bei heftigem Sturm ein kleines Segelschiff bei Puertojoza. Der Kapitän der „Bellva“ war so verzweifelt, daß er sich erhob.

Hamburger Vorbild - Jöhl. Aus Hamburg, der großen Stadt der kleinen Mädchen, sendet ein Peler der „B. a. N.“ eine „Anschickarte“, die in ihrer Art wohl einzig dasteht. „Ausgang der kleinen süßen Mädel aus dem großen Barkhof“ steht unter dem Bilde, das ein Duzend Vorbildschwestern darstellt, die, beladen mit Schachteln und Taschen, aus einer alten Hamburger Straße in eine neue gehen. Der „Große Barkhof“ ist dem Abbruch geweiht, und wer bisher dort das für einen Taler feile Maß „Liebe“ gefunden, muß sich nun etwas weiter bemühen. In einem großen Herzen prangt der ja nun auch dem Abbruch geweihte Taler über dem Bilde des alten Gäßchens. Auf der Rückseite aber hat ein Kolalidichter seinen Gefühlen in wehmütigen Versen Ausdruck gegeben:

Das Alte flüht, die alte Zeit
Wacht sich auch auf dem Barkhof breit.
Der Barkhof, der so manches Jahr
Der Liebestrümpfen Tempel war.
Die alte Herrlichkeit ist aus:
Die kleinen Mädchen gehen aus.
An euch hat mancher ohne Klagen
Den letzten Taler hingetragen,
So schön er war, er mußte gehn —
Man kann ihn hier im Bilde seh'n.
Nun heißt's: Ab, du altes Haus!
Die kleinen Mädchen gehen aus.
Ihr wart so nett und liebreich,
Und jeder blieb so gern bei euch.
Stets offener Mund, ungeniert,
Habt ihr mit jedem oft pomiert.
Sonn' roht ihr nur die Häuser aus,
Doch heute geht ihr selber aus.

Dernburg.
Er nahm das Mal in Morogoro
Und schlug an sein Glas und sprach „Apropos
Die Kolonie verbrüt uns entschieden
Nugen und Glück und Segen und Frieden!!!
O herrliche Zukunft!!! O Fülle des Schönen!!!
Die Datteln will ich gar nicht erwähnen!!!
So friedliche Fruchtbarkeit gab's noch nie!!!
Still wächst und nährt sich unser Vieh!!!
Hier ist die Zukunft der Schweinezucht groß!!!
Da ward gemeldet: „Zwei Säuen sind los,
Die gelben Bestien haben inoffen
In unserem Hotel ein Schwein gestressen“
Begeistert rief Dernburg: „Auch jederzeit
Gibt es hier Jagdgelegenheit!!!
Mit stärkendem Aufenthalt im Freien!!!
Auch sparen wir ganz die Abdeckereien!!!
Auch Material gibt's — das soll man beachten —
Für jeden deutschen zoologischen Gächten!!!
Hier liegt die Zukunft der Hagenbeds!!!
In diesem Sinne trink' ich ex!!!!!!!
Peter (im Tag).

Literatur.
Fachblatt für Holzarbeiter. Heft 10 des zweiten Jahrganges, Oktober 1907. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband, Stuttgart.
Das Oktoberheft dieser Kunstgewerbe- und Fachzeitschrift enthält u. a. einen Artikel von Joseph Aug. Luz über „Deutsche Werkstätten in München und Dresden“, ferner den Schluss des Artikels über den „Drechsler“ von demselben Verfasser, über „Kupfböden“ von Gewerbeschullehrer D. Winkelmüller und über „Saimialarbeiten“ von Chemiker und Fachschullehrer Wilh. Zimmermann, schließlich von Wilh. Luz über „Kommode mit Kalkulation“. Von den 58 Abbildungen, die dieses Heft enthält, sind bemerkenswert Reproduktionen von Arbeiten Richard Niemerschmids, Ludwig Jöhleins, Karl Beckh's, Erich Kleinkampels, Richard Müllers, sowie Originalentwürfe von Max Reichel, G. Tieferrmann und anderen. Ein Abonnement dürfte sich für alle Holzarbeiter sehr empfehlen.
Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 Mark pro Vierteljahr bei allen Buchhändlern und den Verwaltungen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu abonnieren, sowie beim Verlag, Stuttgart, Adlerstraße 42.

unterziehen, insbesondere auch Auskunftspersonen zuzuziehen sollte. Man sollte meinen, da es sich um eine Petition von organisierten Handelshilfsarbeitern handelt, wegen einer der Handelshilfsarbeiter höchlichst interessierenden Forderung, daß unter den Auskunftspersonen auch Verbandsmitglieder oder doch wenigstens Berufsgenossen gehört worden wären. Bis heute, wo angeblich das Gutachten in Kürze zu erwarten steht, hat man in weiten Kreisen der Belegschaft von solchen Vernehmungen nichts vernommen. Vielleicht unterrichtet der Ausschuß des Kaufmannsgerichts in seinem Gutachten die Öffentlichkeit, warum das nicht geschehen ist?

Nicht weniger als

25 Klagen um die verweigerte Rente

Klagen in der Sitzung des Schiedsgerichts für Arbeitsversicherung vom 12. d. Mts. zur Entscheidung vor. Es handelte sich fast ausschließlich um verunglückte Personen, denen nach einer Nachuntersuchung die Rente gekürzt werden sollte. Bis auf wenige wurden die Klagen abgewiesen. Soweit die Fälle von Interesse sind, wollen wir sie mitteilen.

Der Zimmermann Nowak-Breslau war damit beschäftigt, auf der Kupferstraße einen Stall auszubauen, nachdem er etwa 1 1/2 Stunden gearbeitet hatte, wollte er aufs Dach steigen, vermittelte einer Leiter. Er rutschte aus und fiel mit der Leiter in einer Höhe von 3 1/2 Metern in den Hofraum. Er verletzte sich die Handgelenke und den Rücken. Er erhielt während der Krankheit 50 Prozent Rente, die aber aufgehoben wurde, weil die Bauvereinsgenossenschaft das Vorliegen eines Arbeitsunfalls überhaupt nicht anerkennen wollte, es lägen widersprechende Zeugenaussagen vor. Nowak beruhte sich aber nicht, er legte Berufung ein und gab in der Verhandlung an, daß sich der Vorgang ganz anders zugehalten, als die Zeugen angegeben. Er erzählte ausführlich, wie er zu Falle gekommen und sich verletzt habe. Auf das Gericht machte er einen glaubwürdigen Eindruck, selbst der Vorsitzende, Geheimrat Regierungsrat Haut bemerkte, daß er dem Kläger Glauben schenkte. Es wurde ihm eine Rente von 30 Prozent zugesprochen, aber gleichzeitig bemerkt, daß er sich nach einem halben Jahre einer Nachuntersuchung zu unterziehen habe.

St. J. ist glücklicherweise der Maurer Steiner. Der Mann ist vor einigen Jahren vom Gerüst gestürzt und hat eine schwere Verletzung davongetragen. Er erhielt eine entsprechende Rente, die aber mit der Zeit immer mehr gekürzt wurde. Die Berufsgenossenschaft hat jetzt die Entziehung der Rentenbezugs auf das Gutachten des Instituts für Unfallverletzte beantragt. D diesem Antrag ist auch stattgegeben worden, da auch die Nervenklinik begutachtet hat, daß Unfallfolgen nicht mehr vorhanden sind. Steiner hatte allerdings behauptet, daß er noch große Schmerzen empfinde und nicht ins Lande sei, irgend welche schwere Arbeit zu verrichten.

Eine eigenartige Bewandnis hat es mit der Angelegenheit des Lehrlings F. in Greiffenberg, der in einer Tropen in Waldenburg beschäftigt war. F. ist ein junger Mensch von 17 Jahren und klagt im Besonderen seines Vaters wegen einer Unfallrente. Der arme Lehrling ist genötigt, sich beim Gehen eines Stodes zu bedienen, da sein Nervensystem vollständig zerstört ist und ein Teil des Körpers gelähmt zu sein scheint. Die Ursache eines kleinen Wagens ist in die Höhe geklettert und hat ihn am Kopfe getroffen. Seit dieser Zeit hat sich ein Nervenerkrankung der schwersten Art bei ihm entwickelt. Der Unfall soll so schwerer Natur gewesen sein, daß er ohnmächtig zusammengebrochen sei. Die Zeugen wissen aber nichts davon, niemand hat ihn liegen gesehen; der Vater ist über die Zeugenaussage empört, der Anwalt der Tochter sei wirklich so stark gewesen, daß sein Sohn die Besinnung verloren habe. Vorher sei sein Sohn ganz gesund gewesen und so könne doch nur die Verletzung zu dem schlimmen Leiden geführt haben. Die Letzte, bis auf einen, verneinen einen ursächlichen Zusammenhang, die Letzte behaupten vielmehr, die Nervenerkrankung und ihre Begleiterscheinungen rührten von einem geheimen Leiden her, mit dem Unfall hängen sie in gar keiner Verbindung. Der Antrag wurde abgelehnt, wofür der Vater sehr entsetzt war.

Es klagten auch zwei Witwen um Hinterbliebenen-Rente, die wir nicht übergeben wollen. Der Arbeiter Stiller war mit anderen Arbeitern damit beschäftigt, Baumstämme zu zerschneiden, beim Tragen eines Stammes wurde er gequetscht, an welchem Teile des Körpers, das ist nicht entschieden. Stiller behauptete feinerzeit, am Unterleib. Der Mann arbeitete weiter. Nach Verlauf von sieben Tagen — er verriechte gerade eine Arbeit an einem Oberkranz — fiel er plötzlich hin und verschied. Als Todesursache wurde Gehirnschlag in Verbindung mit Herzschlag festgestellt. Die Witwe beantragte Hinterbliebenenrente, wurde aber abgewiesen. Dr. Mühlensbach in Reichenbach nahm an, daß der Verstorbene am Unterleib verletzt worden sei und konstatierte, daß ein direkter ursächlicher Zusammenhang des Unfalls mit dem Tode nicht bestanden habe, jedoch vertritt er die Ansicht, daß die Verletzung auf den durch übermäßigen Alkoholgenuß geschwächten Körper derartig eingewirkt und zum frühzeitigen Tode geführt habe. Nach dieser Ansicht hätte wohl oder übel die Rente erteilt werden müssen. Der Nebenarzt Privatdozent Dr. Sachs dagegen begutachtete, der keine Unterleibs-, sondern eine Schulterverletzung annahm, daß ein ursächlicher Zusammenhang in keiner Weise anzunehmen sei, der Mann sei dem übertriebenen Alkoholgenuß zum Opfer gefallen. Die Witwe wurde mit ihrem Antrag abgewiesen.

In dem andern Falle war es die Witwe des Tischlers Anders, die auch wegen Entziehung von Hinterbliebenenrente klagte. Anders ist im Betriebe verunglückt, er hatte am 28. August 1905 den linken Oberarm gebrochen, er erhielt anfänglich 40, später nur 30 Prozent Rente. — Am 11. Mai 1907 ist er an Lungenentzündung gestorben. Professor Alexander, dessen Gutachten eingehalten wurde, erkannte die Wahrscheinlichkeit eines ursächlichen Zusammenhangs des Unfalls mit dem Tode nicht an, die Wissenschaft habe noch nicht erforcht, ob ein Unfall zur unmittelbaren Ursache der Lungenentzündung führen könne, eine Verschlimmerung des Leidens könne auch nicht angenommen werden, denn der Verstorbene sei vor dem Unfall nicht krankenleidend gewesen, aber die Möglichkeit eines Zusammenhangs sei nicht ganz von der Hand zu weisen. Man kann gerade nicht behaupten, daß aus dem Gutachten ein klares Bild gewonnen werden könne. Das Schiedsgericht nahm an demselben die Witwe an, daß das Lungenleiden eine Unfallfolge gewesen sei, der Mann habe nach dem Unfall angefangen zu husten und daraus könne sich nach und nach die Krankheit entwickelt haben. Die Rente wurde erteilt. Die Frau erhält, da sie drei Kinder hat, monatlich 74.60 Mfr. Rente.

Im „öffentlichen Interesse“

ist die Breslauer Staatsanwaltschaft wieder einmal in einer gar wichtigen Sache in Aktion getreten. Während des Streiks der Tabakarbeiter der Firma Hingel & Co. in Breslau hatte sich das städtische Vorkommnis ereignet, daß die Arbeitswillige Unverricht von Tabakarbeiterinnen einer anderen Fabrik verhöht worden war. Ein kleines 17-jähriges Mädchen sagte dabei zu ihren Kolleginnen: „Ich wollte ihr (der Unverricht) schon den Hintern mit dem Kopf schlagen.“ Das war von unbekannter Seite gehört worden und die Firma Hingel & Co. wandte tief den Staatsanwalt um Schutz der Arbeitswilligen Unverricht an. Es wurde denn auch alsbald Anzeige erhoben. Freilich machte es einige Schwierigkeiten, den geeigneten Paragrafen herauszufinden, auf den sich die Anzeige stützen konnte. Der Staatsanwalt nahm schließlich an, daß es sich um eine Beleidigung handle und vor dem Schöffengericht beantragte er eine Geldstrafe von neun Mark. Rechtsanwalt Simon plädierte für Freisprechung und das Gericht kam auch zur Freisprechung, indem es annahm, der Angeklagten habe das Bemerknis darauf gefehlt, daß die Vernehmung eventuell als strafbar erachtet werden könne. Die Staatskasse hat die Kosten zu tragen und eben deshalb müssen wir gegen ein solches Vorgehen der Staatsanwaltschaft protestieren. Die Arbeitswillige hätte ihre verletzte Ehre ganz gut auf Kosten ihrer Firma reparieren lassen können.

Wohlthätig ist des Feuers Wacht, wenn sie der Mensch bezähmt, bewacht.

Die vielen Brände der letzten Zeit lassen es angebracht erscheinen, zu besonderer Voracht mit Feuer und feuergefährlichen Gegenständen zu ermahnen. Besonders können den Hausfrauen und anderen im Hauswesen beschäftigten Personen nicht genug folgende Mahregeln als Leitfäden eingeprägt werden:

1. Streichhölzer nie im Bereich der Kinder zu lassen;
2. Feuer nie mit Petroleum anzumachen oder anzufachen;
3. Spiritus nie auf Koch- oder Brennapparate nachzugeben, so lange sie noch nicht ausgebrannt sind, und auch dann noch lieber ein paar Minuten zu warten, bis der Apparat mehr abgekühlt ist;
4. nichts mit Benzin in der Nähe einer Lampe zu reinigen oder gereinigte Sachen, so lange sie noch benzinflechtig sind, nicht mit dem heißen Wasser zu berühren;
5. an den Schmelzöfen der Oefen und Kochmaschinen die Türen geschlossen zu halten, damit glühende Kohlen nicht herausfallen können;
6. die Lampenbrenner beim Auffüllen des Petroleum zu reinigen, damit nicht Pochschuppen darin liegen, die die Flamme anzulehen und das Wasser erhitzen;
7. kein Glas oder keine Kerze mit Wasser im Sonnenstrahl stehen lassen, denn die Brechungen der Sonnenstrahlen darin wirken wie ein Brennglas und können die Tischdecke und andere Gegenstände nach und nach in Brand setzen;
8. brennende Lampen beim Verlassen der Wohnung so zu stellen, daß weder Kinder noch Hunde oder Katzen ihnen zu nahe kommen können, denn auch Tiere haben schon oft durch Umwerfen einer Lampe Feuerbrand verursacht;
9. kein Streichholz brennend fortzuwerfen, auch im Freien nicht;
10. brennende Zigarettenstummel nicht fortzuwerfen, ohne sie anzutreten;
11. Lichte und Lampen nicht auf Tischdecken zu stellen, die beim Aufstehen heruntergerissen werden können;
12. beim Ausbraten von Fett nicht allzu großes Feuer zu machen oder ein zu kleines Gefäß zu nehmen, damit das Fett nicht auf die heißen Herdbrände überfließt oder gar beim Überfließen vom Feuer von der aufschlagenden Flamme erreicht wird.

Gegen alle diese Vorichtsmaßnahmen wird nur zu häufig — und zwar fast immer von Frauen — verstoßen und oft grenzenloser Schaden für viele herbeigeführt.

Donnerstag, den 24. Oktober 1907:

Erste Veranstaltung des Bildungs-Ausschusses:

Vortrag Dr. Max Maurenbrecher.

Preussischer Liberalismus vor hundert Jahren.

Eintrittskarten à 10 Pf. jetzt schon erhältlich.

* Die Arbeiten für die Steuerveranlagung 1908 sollen nach magistratsamtlicher Verlautbarung demnächst ihren Anfang nehmen. Zwischen dem Magistrat und der königlichen Regierung war es bezüglich der Ausführung des § 23 der Novelle zum Einkommensteuergesetz von 1906 zu Meinungsverschiedenheiten gekommen. Der Magistrat lehnte es ab, die hiernach von allen Arbeitgebern über ihre Angestellten zu erhaltenden Einkommensnachweisungen, wie im Vorjahre, auch für die Steuerveranlagung 1908 zu erfordern. Die Verhandlungen haben damit ihren Abschluß erreicht, daß die Regierung im Einverständnis mit dem Vorsitzenden der Einkommenssteuer-Veranlagungskommission in diesem Jahre von Einholung dieser Einkommensnachweise absehen wird. Wie verlautet, will der Magistrat darauf hinwirken, daß die Nachweise nur alle drei Jahre gefordert werden sollen. Die Bearbeitung des außerordentlich umfangreichen Materials erfordert naturgemäß ungeheure Arbeitsleistungen, so daß der Magistrat im eigenen Interesse von der Ausführung dieser ebenso für die Behörden wie für die Arbeitgeber und Angestellten unangenehmen Gesetzesbestimmung abzusehen geneigt ist. Für die Angestellten der Behörden, größerer Fabrikunternehmen, kaufmännischer Betriebe usw. sollen indes die Einkommensnachweise auch weiterhin alljährlich erfordern werden. Als Termin des Personalhandes für die Steuerveranlagung 1908 ist vom königlichen Regierungspräsidenten der 21. Oktober jeden Jahres allgemein für den Regierungsbezirk Breslau festgesetzt worden. Bisher war der Personalstand vom 27. Oktober jeden Jahres maßgebend. Die Änderung hat den Zweck, die Veranlagungsarbeiten zeitiger als bisher beginnen zu lassen. Für Breslau ist dies von besonderer Wichtigkeit, zumal sich die Arbeiten hier immer recht lange hinzuziehen.

* Die Sprechstunden der städtischen Schulaufsichtsbeamten. Nach dem vom 1. Oktober ab in den Büros der städtischen Verwaltung die ungeteilte Dienstzeit von 8 Uhr Vormittags bis 3 Uhr Nachmittags eingeführt worden ist, hat sich auch eine anderweitige Festlegung der Sprechstunden des Stadtschulrates sowie der Stadtschulinspektoren als notwendig herausgestellt. Es werden Sprechstunden abhalten: Stadtschulrat Geh. Regierungsrat Dr. F. v. d. Hagen Montag und Donnerstag von 12 1/2 bis 1 1/2 Uhr, Sonnabend von 1 bis 2 Uhr Nachmittags, Stadtschulinspektor Schulrat Dr. Handlos Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag von 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr Nachmittags, Stadtschulinspektor R. v. d. Hagen Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend von 1 bis 2 Uhr Nachmittags und Stadtschulinspektor Witt Montag, Mittwoch, Donnerstag von 1 bis 2 Uhr Nachmittags. Die amtliche Lehrerbibliothek ist täglich außer Sonntag von 8 Uhr Vormittags bis 3 Uhr Nachmittags geöffnet.

* Die Glogauerstraße zwischen Berliner Chaussee und Allenstraße ist dem öffentlichen Verkehr übergeben worden.

* Ankauf der Domänen Steine und Wüstendorf durch die Stadt. Der in der Sitzung der Stadtverordneten vom 12. September 1907 eingeführte 15gliedrige Sonderausschuß zur Durchberatung der Magistratsvorlage, betreffend den Ankauf, hat nunmehr beschlossen, dem Plenum der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, daß dem Magistratsantrag gemäß die Stadtgemeinde Breslau vom Kgl. Domänenamt die Domänen Steine und Wüstendorf, Kreis Breslau, für 661.800 Mark käuflich erwerben möge. Die Domänen sind bekanntlich dazu bestimmt, die Kanalwässer von Schreinitz und einem Teile der Sandvorstadt aufzunehmen, die dann mittels Pumpenanlage dorthin geleitet und auf den Wiesen und Feldern nach dem Edwardsfelder System verpumpt werden sollen.

* 50 Mark Belohnung. In letzter Zeit sind wiederholt von Unbefugten an öffentlichen Feuerwehren auf den Straßen die Scheiben eingeschlagen und die Feuerwehler abgezogen worden. Auf die Ermittlung der Täter hat der Magistrat jetzt eine Belohnung bis 50 Mfr. für jeden einzelnen Fall ausgesetzt. Die Feuerwehre ist ein Institut, das seine Tätigkeit in den Dienst der Allgemeinheit stellt, und verdient daher den Schutz derselben in volstem Maße. Daher seien die Feuerwehler beim Schutze des Publikums empfindlich und man bringe jeden, der unbewusstweise die Feuerwehre alarmiert, zur Anzeige.

* Drucksachen-Ausstellung für vornehme Kellere. Am nächsten Sonntag, den 20. Oktober, Vormittags 10 Uhr, wird die Ausstellung der Drucksachen der vornehmen Kellere im Kaufmannshaus, Schuhstraße, abends vorgeführt und zum Abschluß findet um 12 Uhr ein erlauterter Vortrag: „Die Kellere“, gehalten von Herrn E. Schmidt, statt. Auf diese Veranstaltungen werden Interessenten hiermit freundlichst eingeladen und zum Besuch eingeladen.

* Vorstadt-Vorträge des Gymnastik-Vereins. Die Reihe dieser beliebten Vorträge, zu denen der Eintritt Männern wie Frauen kostenfrei gestattet ist, eröffnet Donnerstag, den 17. d. M., Abends 8 Uhr, Pastor Müller von St. Veronika mit einem Vortrag über: „Ein Sozialpolitiker vor 200 Jahren“. Zahlreichster Besuch ist erwünscht.

* Die deutsche Gartenstadt-Gesellschaft Berlin hat soeben Nr. 11 ihrer Verzeichnisse unter dem Titel „Von der Kleinstadt zur Gartenstadt“ (Preis 30 Pf.) veröffentlicht. Die Schrift geht von dem Gedanken aus, daß die Kleinstadt im günstigsten Entwicklungsstadium ein geeigneter Ausgangspunkt für die Verwirklichung der Gartenstadtidee sei. Wenn die Industrie, die infolge der hohen Grundrente aus der Großstadt zu flüchten beginnt, planmäßig im Anschluß an geeignete Kleinstädte angeordnet werden könnte, so ließe sich auch hier jene durchgreifende Wohnungs- und Anstaltungsreform verwirklichen, die sonst von dieser Bewegung durch Schaffung ganz neuer Anstaltungen empfohlen wird. Natürlich wäre es dafür nötig, daß sich die Kleinstadt für die Aufnahme des neuen Zustroms durch städtebauliche und rechtlich-soziale Maßnahmen in geeigneter Weise rüste. Für den Fall, daß die Kleinstadt für diese große volkswirtschaftliche und kulturelle Aufgabe die nötige finanzielle und organisatorische Kraft besitze, wird ein Zusammenschluß von Kleinstädten mit privater gemeinschaftlicher Erhaltungsgesellschaft in Vorschlag gebracht.

* Nach Schluß der Posthalter ist dem Publikum außer zur Entlieferung gewöhnlicher Briefsendungen durch die Briefkästen noch Gelegenheit zur Aufstufung von Einschreibebriefen, Einschreibepaketten, gewöhnlichen Paketen und telegraphischen Postanweisungen gegeben. In Breslau können Einschreibebriefe bis 10 Uhr gegen Erlegung einer besonderen Gebühr von 20 Pf. für jeden Brief bei den Postämtern 1 (Eingang Poststraße) und 2 (bei der Zweigstelle an der Hubenstraße) während der Zeit von 8 Uhr Nachmittags bis zur Wiederöffnung der Schalter (im Sommer um 7 Uhr und im Winter um 8 Uhr Vormittags) eingeliefert werden. Bei dem Postamt 3 (am Freiburger Bahnhof) kann die Aufstufung von 8 bis 13 Uhr Nachmittags und von 4 Uhr Morgens bis zur Schalteröffnung erfolgen. Zur Aufgabe von Paketen bietet sich Gelegenheit bei dem Postamt 2 bis 5 Uhr Abends und bei den Postämtern 2 und 3 während der gleichen Zeiten wie für Einschreibebriefe. Auch für jedes nach Schalterstich ausgegebene Paket ist eine Sondergebühr von 20 Pf. zu entrichten. Telegrafische Postanweisungen werden nach Dienstschluß der Postanstalten von dem Telegraphenamt (am Graben) entgegengenommen. Die besondere Entlieferungsgeldgebühr ist für diese nicht zu entrichten. Dieses Amt besorgt während der Dienstzeit der Postämter auch den Verkauf von Postwertzeichen. Als Grundregel für die Aufstufung von Postsendungen und für den Verkauf von Postwertzeichen außerhalb der Posthalterdienststunden gilt, daß sie nur ausnahmsweise stattfinden und auf wirklich dringliche Fälle beschränkt sind. Deshalb darf auch eine Entgegennahme von Sendungen in größerer Zahl und eine Abgabe von Postwertzeichen in größeren Mengen seitens der in Betracht kommenden Ämter nicht stattfinden.

* Störung des Straßenverkehrs. Eine Verkehrsstörung entstand gestern Nachmittag zwischen 4 1/2 und 4 3/4 Uhr an der Ecke des Mittelplatzes und der Heiligen Geiststraße dadurch, daß ein Postwagen das rechte Vorderrad verlor und liegen blieb. Da der Wagen das Gleis der nach der Wallbiassstraße und nach Schreinitz gehenden Straßenbahn sperren, standen deren Wagen schließlich die ganze Sandstraße entlang bis zum Neumarkt. Durch Vorplanung eines zweiten Wiederparates und Anwendung von Seilbäumen gelang es mit vieler Mühe, vor 5 Uhr den Wagen beiseite zu schaffen.

* Unglücksfälle. In das Krankenhaus der Darmberggasse Brüder eingeliefert wurden schwer verletzt: Ein Kind aus Wilschka, das auf der Straße von einem angehängten Dreiwagen der Straßenbahn überfahren worden und einen rechten komplizierten Oberschenkelbruch erlitt, ein Former von hier, der die Treppe herunter fiel, ein Arbeiter aus Hartlieb, der hinfiel und einen Schädelbruch erlitt.

* Unfälle. Ein Glasermeister wurde mit seinem Fahrrad auf der Augustastrasse durch einen weißpännigen Wagen zu Boden geschleudert und über Kopf und Beine gefahren. Der Mann umfiel im Wenzel Handfischen Krankenhaus untergebracht werden. Ein Schuhmachergeselle verlor in der Nacht zum 14. d. Mts. auf der Wallbiassstraße eine Drochle während der Fahrt zu befeigen, er kam aber zu Fall und erlitt einen Knöchelbruch. Der Verunglückte wurde der Königl. Klinik eingeliefert. Ein Elbote wurde, als er auf einem Fahrrad die Zwingerstraße entlangfuhr, durch eine Drochle überfahren. Das Rad wurde vollständig zertrümmert. Der Fahrer erlitt starke Quetschungen.

* Vermißt wird seit dem 8. d. M. der zwölf Jahre alte Knabe Rudolf Weimann, Sohn eines Bohrerstraße 32 wohnenden Wauers. — Der 13 Jahre alte Knabe Richard Seidel, Kleine Scheinigerstraße 36, wird seit dem 10. d. M. vermisst.

* Diebstähle. Aus einer Wohnung auf der Hofgasse wurden Betten und Wäsche im Werte von 35 Mark gestohlen. — Einem in einer Restauration eingeschlafenen Mann wurde die Taschenuhr und ein Portemonnaie mit 19.50 Mfr. entwendet. — Einem Kaufmann von der Kantstraße wurden aus dem Keller 7—8 Flaschen Wein gestohlen.

* Sachbeschädigung. Am 12. d. M. wurde in der Schillerstraße ein Gastwirth durch einen Bierwagen umgerissen.

* Zusammenstoß. In der Nacht zum 13. d. M. stieß auf der Neuen Laurentienstraße ein Automobil mit einer Drochle zusammen, so daß die Gabelschiffel zerbrach und das Schirzzeug zerbrach.

Lobe-Theater.

Der heimliche König.

Eine romantische Komödie von Ludwig Fulda.

Arkus X., der letzte Sprößling aus dem berühmten Hause, König des romantischen Reichs Britannien, war ein schüchtiher Sonderling und Menschenfeind gewesen, den während seiner Regierungszeit niemand zu Gesicht bekommen hatte. Die Geschichte des Volkes lagen vollständig in den Händen einer in ihren selbstthätigen Interessen gänzlich aufgehenden Hofdamen. Nur durch die Königin und seine Schranken befürchteten mit Recht, daß es jetzt mit ihrer Macht zu Ende sein werde. Doch den König hatte sein Volk niemals zu Gesicht bekommen und darauf baulen sie ihren Plan. Sein Tod wird dem Volke verheimlicht. Seine Stelle muß eine prächtige geliebte Puppe vertreten, die mit der Tochter Sigune des Generals feierlich getraut wird und mit der jungen Königin zusammen in einer Schiffe durch die Straßen der Stadt getragen und dem Publikum als der König gezeigt wird. Doch Sigune begnügt sich nicht mit einem hölzernen Gemahl, denn er auch fängt einen König vor sich. Nach Fleisch und Blut steht ihr Sinn und ihr Sehnen. Tatsächlich vernimmt sie sich auch heimlich mit einem frommen, schmutzen Hirten, mit dem zusammen sie heimlich auch dem Könige den Erben schenkt. Der Pfundling aus Brittanien überlegt, als dem Vaterlande Gefahr droht, die goldene Krone des Landes an den verweigeren den Angellischen, den Feinden des Landes der Erben. Doch ein unglücklicher Zufall bringt den Betrag an den Tag; eines Tages fällt die Holzpuppe, während die vom Volke als König umhergeführt wird, der Krone. Das Volk verlangt Aufklärung, es erfährt, daß jene das Vaterland rettende Königin ein einfacher Ort vom Lande ist. Die Pfundling will nun mit dem König von einer Puppe reden.

als von einem kalten Wanne aus dem Volke, der aber nicht die hohe Geburt als Qualifikation zu seinem Amte besitzt. So muß der Strafe mit seiner Frau und seinem Kinde stehen, begleitet von einer kleinen Schar von Anhängern. König aber wird ein Reflex des verstorbenen Königs, der zwar vollständig verbliebenen Geistes, aber doch eben königlichen Geistes ist.

Man sieht, die Grundidee des Stüdes ist nicht neu. Zwei uns bekannte Maler, der Dürer vom Vatikan der Königin, der nicht selber König ist, und der Vorwurf des handelnden Stellvertreters eines Königs, sie sind hier zu einer eigenartigen Mischung zusammen geschmolzen worden, die im Grunde die köstliche Verflüchtigung auf den Gedanken vom Gottesgnadentum der Könige bildet. Allerdings hat er auch dem „Kleinlichen König“ der alte Fehler Sulda an, daß er seine an sich prächtigen Ideen nicht genügend zu vertiefen versteht und seine dichterische Kraft in der glatten, prächtigen, gekünstelten äußeren Form erschöpft.

Von der Aufführung im Roberttheater könnte man nicht behaupten, daß sie den mittelalterlichen Durchschnit übertrafen hätte. Weber Herr Bauer als Herr Vorebur vermochte zu betriebligen noch recht kräftigen Zimmermann als Signe. Dagegen war der Herr des Herrn Ludwigs eine ziemlich abgerundete Leistung, auch der alte Parde des Herrn Koch mochte genügen. Eine Leistung, der wir uneingeschränkte Anerkennung schenken dürfen. Er hat allein Herr Müller als Kluger und beträchtlicher Zensensaal.

Aus Schlesien und Posen.

Zur Lage der Metallarbeiter in Schlesien

nicht uns der letzten erschienenen Geschäftsbericht der Schlesischen Eisen- und Stahlwerks-Gesellschaft sehr interessante Aufschlüsse. Derselbe zeigt in das Gebiet der Großindustrie, wie nachstehende Ziffern beweisen werden.

Es waren versichert:

	Anzahl der Betriebe	Durchschnittliche Zahl der Versicherten
Sektion I Breslau	1906 1688	1905 33,677
II Beuthen	1906 407	1905 70,629
Insgesamt	1906 2095	1905 104,306

Dollarbeiter zähl. der Bericht 105,897 gegen 98,114 im Jahre 1905. Die Zahl der Betriebe ist also um 9 gegen das Jahr 1905 zurückgegangen, während die Zahl der Versicherten um fast 9000 gestiegen ist!

Und erst die Löhne!

Der Bericht bemerkt, daß die Zahl der versicherten Personen „infolge der Wollkonjunktur“ zu steigen sei. Trotz dieser „Wollkonjunktur“ war der Durchschnittslohn eines schlesischen Metallarbeiters 934.06 Mark. Die Durchschnittslohnne hielten sich wie folgt: Sektion I Breslau auf 901.80 Mark (874.61 Mark im Jahre 1905), Sektion II Beuthen auf 980.86 Mark (932.19 Mark im Jahre 1905).

Von einer „Wollkonjunktur“ konnten also diese Gelohnen insofern nicht reden, und in welcher langer Arbeitszeit diese „Preislohnne“ verdient worden sind, wird auch nicht verriet. Der Bericht bemerkt aber entscheidend und etwas verlegen: „Bei Feststellung der auf einen Dollarbeiter entfallenden Durchschnittslohnne sind auch die weiblichen Personen und die Lehrlinge berücksichtigt.“ Gewiß! Bei anderen Berufsgruppen sind doch auch. Es entsteht deshalb die Frage: Werden denn kann in Schlesien Frauen und Lehrlinge in so großer Zahl zu noch viel niedrigeren Löhnen ausbezahlt, daß diese Durchschnittsziffern sehr beeinträchtigt werden? Aufschluß über diese wichtige Frage könnte doch die Berufsgruppenstatistik auf Grund der Lohnlisten sehr leicht geben. Schweregen! Und das Besondere „gelobten Arbeiter“? Es wurden insgesamt 9688 Unfälle gemeldet, gegen 9464 im Jahre 1905. Auf 1000 Versicherte entfielen somit durchschnittlich 8963 Unfälle!

Entschädigt wurden nur 1695 Unfälle! Der Bericht versucht auch die Ursachen dieser Unfälle zu erklären. Demnach sind erkrankt: durch „Schuld von Arbeitern“: 53 Unfälle, durch „Fehlbedeutung des Betriebes“: 164 Unfälle, durch mangelhafte Betriebsmittel: 26 Unfälle, durch „Nebenbenutzung von Schutzmitteln“: 163 Unfälle, durch „Unachtsamkeit der Arbeiter“: 614 Unfälle, durch „zusammenwirkende Ursachen“: 37 Unfälle, durch „Zufälligkeiten“ usw.: 508 Unfälle.

Dazu wird übrigens bemerkt: „Aus vorstehender Uebersicht geht hervor, daß von den 1906 entfallenden 1695 Unfällen: a) auf Verletzungen der Arbeiter: 26 Fälle gleich 1.53 Prozent, b) auf Verletzungen der Arbeiter und Mitarbeiter: 860 Fälle gleich 50.74 Prozent, c) auf sonstige Ursachen: 809 Fälle gleich 47.73 Prozent zurückzuführen sind.“ Punktum! Das ist eine feine „Unternehmerstatistik“! Schade nur, daß dann darauf der Bericht über das Ergebnis der Betriebsrevision, wenn auch nur flüchtig, berichten muß. Es wurden 678 Betriebe revidiert und davon 482 Betriebe gleich 71.8 Prozent bemängelt. wie folgende Ziffern beweisen werden:

Es wurden revidiert in Sektion I: 379 Betriebe, davon bemängelte Betriebe: 329, Sektion II: 294 Betriebe, davon bemängelte Betriebe: 162.

Welche Schokolade, wenn man eine Zeile weiter gegen den „Alkoholmißbrauch“ loszieht!

Interessanten Aufschluß erhalten wir auch über das Resultat der Untersuchungen der Unfälle. Erledigt wurden nach dem Bericht 843 Verurteilungen an das Schiedsgericht und davon wurden 765 zu Gunsten der Berufsgenossenschaft und nur 31 zu Gunsten der Unternehmer entschieden, gleich 96.11 Prozent, gleich 3.89 Prozent Gemäß § 88 des U.-B.-G. habe die Berufsgenossenschaft 99 Antrag auf Herabsetzung der Rente gestellt und hat 92 Siege und 6 Verluste zu verzeichnen. Die Verurteilten dagegen hatten 36 Verluste und nur einen Sieg! Das Resultat der Untersuchungen macht das Maß voll und rundet in 5 Fällen zu Gunsten der Berufsgenossenschaft und in 5 Fällen gegen sie. Die Rekurse der Verurteilten dagegen wurden in 278 Fällen abgewiesen und nur in 51 Fällen ausgesetzt! Der Bericht bemerkt zu diesem Resultat: der hohe Prozentsatz der von den Schiedsgerichten zu Gunsten der Berufsgenossenschaft entschiedenen Urteile zeigt sich daraus, daß sehr viele Verurteilungen einseitig werden, die von vornherein ausfälliges sind. Natürlich! Auch eine Ausrede!

Ortep, 15. Oktober. Den Abonnenten der „Vollmacht“ ist hiermit zur Kenntnis gegeben, daß der Kolporteur Genoffe Manns unweit Rosenstraße 19 wohnt.

Reife, 15. Oktober. Dem Tode nahe. Der Arbeiter-Schmidt war vorgestern Mittag mit dem Roden von Hohentauern schicklich. Dieses erriet in Brand und legte die Kleider des Schmidt und seiner Frau in Flammen. Beide erlitten schwere Verletzungen und wurden in das städtische Krankenhaus gebracht. Das Feuer wurde von der freiwilligen Feuerwehr in wenigen Minuten gelöscht.

Reife, 14. Oktober. Sehr empfindlich ist die „Reifer Zeitung“ über den mächtigen Vorzug unseres Genossen Bogherr, den hier vor einigen Tagen in Breslau hielt. Besonders empfindlich ist das katholische Blatt darüber, daß B. u. a. erwidert, die katholische Kirche in Ostpreußen habe einen Kriegszug von sich eine Millarde angekauft. Das soll nicht wahr sein; sie ist als also verurteilt.

Der die armenlichen Verhältnisse kennt, in denen sich die Arbeiter in Ostpreußen befinden, wird diese Klagen des „Reifer“ begreiflich finden. Doch und Trug.

Vorbereitung und Schwindel ist es, was der Wanne in Breslau vorbracht hat!

Es liegt uns fern, die katholische Kirche zu kränken. Aber selbst angegeben, daß, was Bogherr sagte, sei nicht richtig, so wird die „Reifer Zeitung“ doch nicht bestreiten können, daß „Rom“ über unermessliche Reichthümer verfügt, die nicht allein in Italien aufgebracht worden sind, sondern die auch von den katholischen Volksmassen in Ostpreußen aufgebracht werden, die dafür nichts anderes empfangen als die „armfälligen“ Bettelstümpfen, die die Herren Priester in mystischer Weise abreiben. Die kassenbewußte Arbeiterklasse will keineswegs das religiöse Gefühl der katholischen Volksgenossen, die Fleisch vom Fleisch und Blut vom Blut ihres selbst sind, verletzen, sondern das gleiche Verlangen nach Geld und Gold derjenigen charakterisieren, die glauben, im Namen der katholischen Kirche sprechen und fordern zu dürfen. Die internationalistische Arbeiterklasse, die der Welt Brot, Freiheit und Kultur bringen will, sieht sich deshalb als der gerechteste Gegenstand, der den Stahl des Augens reinigt, die Finnen des Carotols hindurchleitet und Reinkheit und Frische an Stelle der dumpfen Atmosphäre erbringt.

Regnitz, 15. Oktober. Der Mord in Michelsdorf. — Bänisch gekündigt. Nachdem seit längerer Zeit über die Bluttat in Michelsdorf keine Kunde mehr in die Öffentlichkeit gebrungen war, kommt jetzt die sensationelle Nachricht, daß der hier in Untersuchungshaft befindliche Knecht Hermann Bänisch ein Geständnis abgelegt hat. Er wünschte eine Unterredung mit dem Untersuchungsrichter und teilte diesem dann, um sein Gewissen zu erleichtern, mit, daß er der Raubmörder sei.

Ologau, 15. Oktober. Geld reicht nicht. So denken nicht wenige unserer sog. Kartisten, die sich aber nicht scheuen, den Polen, die doch ihre „Erzfeinde“ sein sollen, ihre Güter zu verkaufen, um dadurch der Ausbreitung des Polentums Vorhub zu leisten. Vor einigen Tagen haben wir über einige Gutsverkäufe der Polen aus dem Kreise Ologau berichtet. Der „Volkstrotz“ wird nun in Ergänzung ihrer Mitteilungen über die von der Anstaltungskommission zur Vorbeugung der Polengefahr beabsichtigten Anläufe großer landwirtschaftlicher Güter im Kreise Ologau und die Rolle, die hervorragende Mitglieder des Bundes der Landwirte als „Informatoren“ der Behörden dabei spielen, aus dem Kreise noch geschrieben: „Herr Leutnant Alderman-Salisch der nicht Richter, sondern Besitzer (mit Vorwissen in einem 1114 Hektar Fläche) von Salisch ist, das in unmittelbarer Nähe des von den polnischen Landbauern bedrohten Alt-Strung gelegen ist, ist ein reicher Mann, der in den ihm benachbarten Verhältnissen fortgesetzt politisch Einfluß hat. Das unter den Augen und in unmittelbarer Nachbarschaft dieses Herrn zahlreiche kleine Besitzungen in polnische Hände übergeben konnten, bricht nicht für seine nationale Wachsamkeit: er hätte vorher Form schämen sollen.“

Was dürfte Herr Leutnant Alderman darauf zu sagen haben?

Bunzlau, 15. Oktober. Achtung, Steinarbeiter! Die Differenzen bei der Firma Schilling in Alt-Warthau und Bunzlau sind erledigt.

Blumenau, 14. Oktober. Achtung, Genossen und Genossinnen! Ein öffentlicher Regitationsabend findet Mittwoch, den 28. Oktober, Abends 8 Uhr, im bekannten Lokale statt. Vortragende sind: Schanzler Emil Wallotte und Frau Margarete Wallotte. Der Eintritt beträgt: für vollst. und aemertlich Organisierte 30 Pf., für Nichtorganisierte 40 Pf., Galerie 25 Pf. Karten sind schon jetzt bei den Unteroffizieren und Vorstandsmitgliedern des Textilarbeiterverbandes zu haben.

Katowitz, 15. Oktober. Massengrab von Grubenarbeitern. Die unmensliche Wirtschaft auf den russischen Gruben ist bekannt. Kein Wunder, daß die Unfälle in einem erschreckenden Maße zunehmen, das ohnein geloderte Familienleben vernichtet wird. Gram und Sorge ums tägliche Brot das Leben der Hinterbliebenen erschweren müssen. Aus Sosnowice kommt eine furchtbare Nachricht: Ein großes Grubenunglück ereignete sich auf der Zeche Renard bei Sosnowice. Ein Gesteinsabfall stürzte ein, wodurch viele Bergleute vergraben wurden. Die genaue Zahl muß erst noch festgestellt werden. Es ist dies nicht das erste große Grubenunglück, das gerade aus Sosnowice gemeldet wird.

Königsbütte, 15. Oktober. Verbrannt. Der Dekorationsmaler Wilsch Schäfer-Perlin kam beim Wärmen von Leim der Spiritusflasche zu nahe, fing Feuer und erlitt so schwere Brandwunden, daß er im städtischen Krankenhaus verstarb.

Sipice, 15. Oktober. Ein Sieg der Unternehmerrgewalt. Der Ausbruch der Arbeiter auf der Silesia-Zinkbütte der Schlesischen Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb gilt als beendet. Nachdem am Freitag Abend die Zahl der Ausständigen sich auf 25 vermindert hatte, haben am Sonnabend zur Nachschicht sämtliche Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. Zugeständnisse sind von der Verwaltung nicht gemacht worden. Da es sich zum großen Teil um unorganisierte und polnische Arbeiter handelt, die in den Streiktraten und bitterste Not zur Rückkehr in das Sklavenjoch zwang, so ist der Sieg der Unternehmerrgewalt in den Unterjochten die Flamme des Hasses gegen das Kapital entzündet, sie wird weiter um sich greifen und schließlich das Haus des Kapitalismus verzerren.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Der unter dem Verdacht, die unweibliche Mißbrauch in Juliusdorf ermordet zu haben, verhaftete Richter Hanke aus Boghensdorf soll dem Vernehmen nach ein Geständnis abgelegt haben. Er war in der Thielhölzer Porzellanfabrik in Altmasser beschäftigt. — Infolge eines schweren Unglücksalles verlor der Briefträger Adamich in Ofeg sein sechsjähriges Töchterchen. Kinder hatten in der Nähe des Dorfes ein Feuer aus Kartoffelkraut angezündet. Die kleine Adamichs brann mehrere Male über das Feuer hinweg, wobei die Flammen ihre Kleider erfassten. Da Hilfe nicht schnell zur Stelle war, erlitt das Mädchen so schwere Brandwunden, daß nach zwei Tagen der Tod eintrat. — Ein verurteiltes „Kunstmilch“. Sonntag fiel im Kaiser Friedrich-Museum zu Posen in der Ausstellung Poterer Künstler eines der wertvollsten Aquarellgemälde, die „langende Pajade“ des Berliner Bildhauers Fritz Rosenberg, vom Sockel herab und zerbrach in gelbe Stücke.

Aus den Gerichtssälen.

Vom Recht der Diensthöten. Erzählt wieder einmal eine Gerichtsverhandlung, die vor dem Breslauer Schöffengericht stattfand. Das Stubenmädchen Aina Schlichting aus Ostro war vom Amisborfischer mit einem Straßmanbiat über neun Mark bedroht worden, weil es am frühen Morgen des 18. August seinen Dienst bei der Baronin Marie von Stahl verlassen hatte. Das Mädchen erhub Einspruch und vor dem Schöffengericht führte es aus, die Baronin habe ihr wegen jeder Kleinigkeit das Leben schwer gemacht, bis 11 Uhr Abends habe es arbeiten müssen. Ferner habe die Baronin ihren Bräutigam beschimpft indem sie sagte: „Sie werden noch lange genug mit ihrem ... zusammenstecken.“ Durch den Ausdruck „...“ fühlte es sich aber selbst mit beleidigt. Die Baronin erklärte den Ausdruck „...“ nicht gebrocht zu haben. Einen solchen Ausdruck habe sie noch nie gehört und wisse nicht, was er bedeuere. Möglicherweise fühlte sie, daß sie von dem Bräutigam als von einem Kerle geredet habe, das ist doch aber für das Mädchen nicht belangig.

Das Mädchen sei früher ganz anständig gewesen, seit es sich aber verlobt habe war es pflichtvergessen. Es habe sich von der Bräutigam aufreiben lassen. Wegen der Pflichtvergessenheit habe es dann bloß bis elf Uhr Nachts arbeiten müssen. Das Gericht nahm an, daß das Mädchen keinen ausreichenden Grund zu Verlassen des Dienstes gehabt habe. Die Strafe wurde auf neun Mark belassen.

Der Rechtsanspruch auf Trinkgeld. Eine solche Rechts interessierende Frage wurde am Montag vor dem dritten Strafsenate des Reichsgerichts erörtert. Der Urteil vom 22. April ist der Hausdiener eines Hotels in Steierwegen verurteilt Erpressung zu acht Tagen Gefängnis verurteilt worden. Der Angeklagte begehrt kein Gehalt, sondern ein Trinkgeld angewiesen. Am 8. Februar d. J. hatte ein ... in dem Hotel übernachtet und fuhr in dem Hotelkellner nach dem Bahnhof. Seine Handtasche, in welcher sich 600 Mark bares Geld befanden, hatte er in den Schlitzen neben sich gestellt. Auf dem Stufenplanke sah neben dem Kutscher der Angeklagte. Dieser hatte Herrn S. wieder die Sittelf gepuht, sonst keinen Dienst geleistet. Beim Aussteigen aus dem Schlitze wollte Herr S. seine Handtasche nehmen, der Angeklagte fuhr ihm aber zuvor und trug sie auf den Bahnhof. Als Herr S. sie zurückverlangte, wollte sie der Angeklagte ihm bloß gegen ein Trinkgeld geben, da er ohne Lohn angestellt und auf Trinkgeld angewiesen sei. Auf die Drohung S.'s, er werde sich an die Polizei wenden, sagte der Angeklagte: „Lun Sie, was Sie wollen!“ Während Herr S. zur Polizei ging, trug der Angeklagte die Tasche zurück zum Schlitzen, mit dem sie wieder im Hotel kam. Herr S. veräumte natürlich seinen Zug und konnte erst mit dem nächsten fahren. In dem Verhalten des Angeklagten hat das Gericht den Tatbestand der verurteilten Erpressung erblickt. Der erstrebte Vermögensvorteil war ein rechtswidriges da ein klager Anspruch auf Trinkgeld nicht besteht. Der Angeklagte ist sich auch bewusst gewesen, daß ihm ein Anspruch auf Trinkgeld nicht zustand. Er sagt, und es mag ihm geäußert werden, daß er der Meinung war, er habe Herrn S. Dienst geleistet und Trinkgeld verdient. Er wußte aber, daß das Trinkgeld lediglich eine freiwillige Gabe ist, die er rechtlich nicht beanspruchen hat. Er hat zwar nicht Gewalt angewendet, aber doch durch Drohung auf den Willen des S. eingewirkt. Die Nichtbestand der Tatsache und die Unmöglichkeit, den Zug zu veräumen war für S. ein Hebel. Der Angeklagte wußte, daß zerr die Tatsache, die sein einziges Neßgeheim war, notwendig gebraucht. Die gegen dies Urteil vom Angeklagten eingelegte Revision hat das Reichsgericht verworfen.

Christliche Kindererziehung.

Die Ehefrau des „Waffenhausbauers“ Woffe in Göttingen ist am 26. August vom dortigen Schöffengericht wegen fahrlässiger Körperverletzung, begangen an der eiskäligen Halbwaise Elise Sebo zu 40 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Die fromme Frau hatte das Kind, das „ohne Erlaubnis“ zu seiner Mutter (I) gegangen war und dies anfänglich gelehrt hatte wie eine Waise mit einem Kohlstod bearbeitet und die Säuer auch dann noch fortgesetzt, als das Kind sich zur Erde warf, um sich strampelnd der Schläge zu erwehren. Eines Körper war an Oberhaken, an den Lenden, dem Gesicht, an der Schulter, an Arm, ja sogar unter dem linken Auge mit dicken blutunterlaufenen Streifen bedeckt. Das Schöffengericht bezehnete die Frauung als brutal.

Gegen das Urteil hatte Frau Woffe Berufung eingelegt die am 3. Oktober vor der Göttinger Strafkammer verhandelt wurde. Der mehrtägige Sachverstandige bestimmte, daß er acht bis zehn stummläufige Stellen festgestellt habe, die mit einer recht herben Etod begebracht sein müßten (erlaubt sind in Waisenhaus zur Züchtigung mit einem schwachen Kohlstod). Ob das Züchtigungsrecht überschritten, sei schwer zu entscheiden (I). Das Mädchen habe eine hochgradig empfindliche Haut. Immerhin sei die Mißhandlung „außerordentlich“. Die Schläge seien mit ganz besonderer Wucht ausgeführt.

Else selber befuhrte, die „Waffenhausmutter“ habe ihr das Mädchen hochgehoben und sie auf den unbelaideten Körper geschlagen. Auch Lehrer Woffe hat den Eindruck gewonnen, die Schläge seien auf dem bloßen Körper erfolgt. Das Kind sei lächelnd gewesen, es habe sich jedoch gebessert, seitdem es aus der Anstalt entfernt sei.

Die Angeklagte bestreitet die Züchtigung auf den nadtet. Ob. Daß sie nach der ihr zuteil gewordenen Schulung aber den nadteten Körper in dieser Weise geprügelt haben könnte geht aus der Aussage des Pastors Delfers hervor. Dieser zur Entlastung der Angeklagten geladene Zeuge teilte das bekannte Stephansstift in Hannover, in dem Frau Woffe wie ihr Mann ihre Ausbildung in der „Kindererziehung“ erhalten haben. Die Verteidigung will durch diesen Zeugen den Beweis führen, daß man im Stephansstift genau so züchtige, wie Frau Woffe die Else. Der Pastor sagte aus, die Züchtigung werde in der Regel von dem Hausvater ausgeübt, und zwar müßten sich die Kinder über einen Stuhl legen. Falls ein Kind sich wehren würde, es eine Kapitulation vor ihm bedeuten, wenn die Züchtigung nicht fortgesetzt werde. Es gebe hierbei zwar Szenen, die einem selbst peinlich seien, aber im Interesse der Erziehung (I) und der Disziplin müsse die Züchtigung in solchen Fällen mit eiserner Konsequenz durchgeführt werden. Ferner erklärte der Diener des Herrn: bei besonders „schweren Vergehen“ habe er auch auf das nadtete Gesicht geschlagen und ebenfalls hätten es seine Vorgänger gemacht.

Das Gericht — — sprach die Waffenhausmutter frei!

Die Else habe die Strafe für ihr Ungehen „mit vollem Rechte erhalten“. Das Züchtigungsrecht sei nicht überschritten. —

Wie sollte auch die Kuffiz des Staates, dessen Beamter einer Kolonie gleich eine ganze Schulklasse mit samt dem Lehrer entkleiden und „züchtigen“ läßt, ein anderes Urteil fällen.

Soziales.

Vom Dienstbotenleben. Ein vierzehnjähriges Mädchen, das eben erst der Schule entwachsen ist, wurde bei dem Uhrmacher Fittig in Frankfurt a. D. in Dienst gegeben, mußte aber gleich bei dem Altwandler Compart in die Wirtschaft mit besorgen. Nicht allein, das dem armen Mädchen dadurch eine ihr sein Alter viel zu schwere Arbeit aufgebürdet wurde, man machte ihm sogar noch Äußerer vor seinem jedenfalls recht erbärmlichen Lohn. Wer es nicht glaubt, der lese folgende uns im Original vorliegende Rechnung nach:

Für entzweigemachte Sachen:	
Kinder Wage	1.75
beim Einkauf verlorene	1.-
Brust Glas	1.40
ausgelegt	1.50
Raffe Kanne	1.50
Gläser 6 Stück entzweigemacht	5.60
12 lfd. Glas	4.40
Summa	15.20 erhalten

Frankfurt a. D., d. 1. 10. 07. Frau Fittig und da wundern die „Herrschaften“ sich noch, wenn sie keine Dienstboten mehr bekommen, wenn die jungen Mädchen lieber in die Fabrik, als Verführerin oder beglückten gehen.

Sterblichkeit und Volksvermehrung in Rußland. Unlang ist vom Ministerium des Innern der Bericht über den Volkszählungsergebnis und die Organisation der ärztlichen Hilfe von 1906 herausgegeben worden.

Der Bericht konstatiert, daß die Sterblichkeitsziffer im europäischen Rußland 1906 im Vergleich mit dem Vorjahre bedeutend gesunken ist (30,9 Proz. gegen 29,1 Proz. im Vorjahre). Gleichzeitig ist die Zahl der Geburten bedeutend gefallen (bis 44 Proz.) sie ist geringer als während der vorhergehenden 30 Jahre. Die natürliche Bevölkerungszunahme ist infolgedessen die niedrigste während der letzten zwei Decennien (wenn vom Sommerjahre 1892 abgesehen wird).

Das Jahr 1906 war besonders reichlich das Jahr der unterirdischen Revolutionen.